

Saar--freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!

H. W. L.
März 30 1935



Deutsch die Saar immerdar!

Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 29 ★ 15/16. Jahrgang



Berlin, den 1. März 1935

Die Heimkehr



phot. Scherl

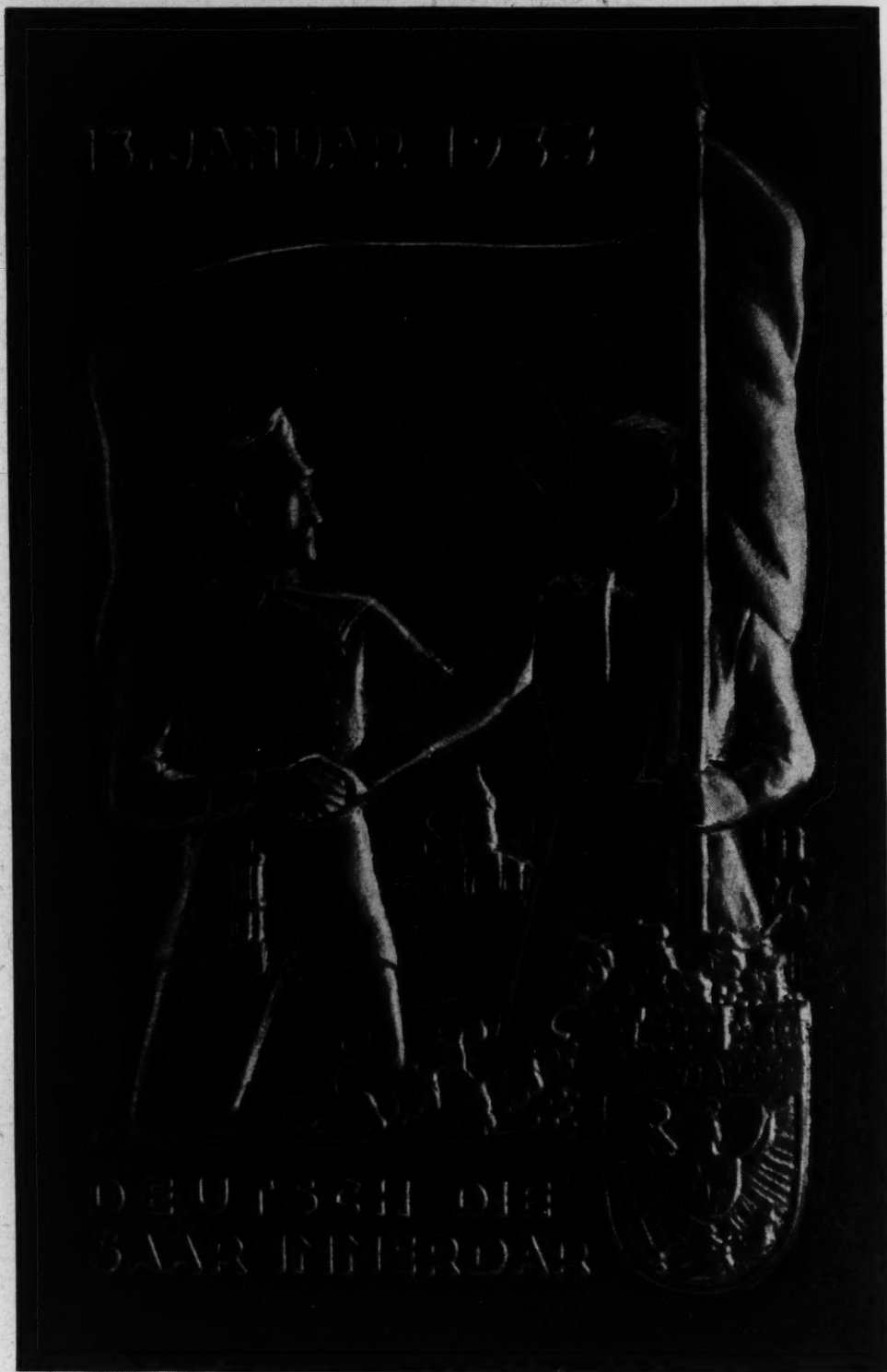
Deutsche Grenzbeamte bei der saarländischen Zollstelle der „Goldenen Bremm“

„Das Reich öffnet weit seine Tore, um das Saarvolk zurück zum Mutterlande zu holen. Bewegt erheben wir unsere Herzen zu Gott, der unserem Kampfe um deutsches Land so sichtbar seinen Segen gegeben hat.“

Reichsminister Dr. Goebbels bei der Morgenfeier der Nation am 15. Januar 1935

Saarabstimmungs-Gedenkplakette

der Kunstgießerei Gleiwitz



Die Kunstgießerei der Preussischen Bergwerks- und Hütten-A.G. in Gleiwitz bringt ihre Neujahrsplakette 1935 in einer zweiten Fassung als Saarabstimmungs-Gedenkplakette heraus. Die Plakette zeigt nach einem Modell von Peter Lipp das Datum der Abstimmung 13. Januar 1935, den Wahlspruch „Deutsch die Saar immer dar“ und einen Bergmann des Saarlandes, der dem Arbeitskameraden aus dem Reich die Hand zum unverbrüchlichen Freuegelöbnis reicht. Für jeden, der mithalf, unseren überwältigenden Sieg an der Saar zu erringen, ist diese Gleiwitzer Plakette eine bleibende Erinnerung. Wir empfehlen allen Mitgliedern und Saar-Freunden, das kleine Kunstwerk, das die Erinnerung an unseren erfolgreichen Kampf immer wach hält, zu erwerben. Bestellungen nehmen die Ortsgruppen, Stützpunkte und Obmänner sowie die Geschäftsstelle „Saarverein“ entgegen.

Verkaufspreis 2,50 RM.

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 29 ★ 15/16. Jahrgang

Berlin, den 1. März 1935

Die Heimkehr

Von Richard Poffelt.

Noch waltet formell die Regierungskommission des Saargebiets ihres Amtes. Niemand aber nimmt von ihr an der Saar noch Notiz. Und sie selbst tut das Vernünftigste, was sie tun kann, sie macht sich nicht mehr bemerkbar. Denn mit dem Wahrspruch des deutschen Saarvolkes vom 13. Januar haben die Versailler Saarbestimmungen ihren künstlich geschaffenen Rechtsboden verloren. Jetzt ist alles damit beschäftigt, die offizielle Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland feierlich vorzubereiten. Die andern aber, die durch den Diktaturspruch von Versailles ein unnatürliches Scheinleben an der Saar volle fünfzehn Jahre führten, die Saarregierung mit ihrem nicht zu kleinen Beamtenstab, die französische Bergverwaltung mit allem offiziellen und unoffiziellen Anhang, die französischen Zollbehörden, die Eisenbahnverwaltungen, Stellen der einstigen drei Reichslandbahnen, und wie sonst die Behörden und Stellen alle heißen mögen, haben ihre Aktenbündel und Koffer zusammengepackt, um endgültig und endlich ihr Gastspiel an der Saar zu beenden. Sehr viele sind bereits abgezogen, ohne trauernde Hinterbliebene an der Saar zu hinterlassen.

Die grundlegende Aenderung des ganzen äußeren Lebens an der Saar brachte die Nacht vom 17. zum 18. Februar. Zu mitternächtlicher Stunde legte man an der unnatürlichen deutsch-saarländischen Grenze die Schlagbäume nieder und richtete an der deutsch-lothringischen Grenze zum erstenmal die schwarz-weiß-roten Schlagbäume auf. Das Saargebiet ist damit dem deutschen Wirtschaftskörper wieder eingegliedert worden. Ohne Aufenthalt darf der deutsche Volksgenosse vom Reich zur Saar fahren oder wandern, kein Zollbeamter in deutscher oder französischer Uniform wird seinen Weg hemmen.

Ueber zehn Jahre hat diese willkürlich gezogene Zollgrenze bestanden. Am 10. Januar 1925 wurde sie geschlossen in der Absicht, sie niemals wieder fallen zu lassen und in der Hoffnung, aus dieser Zoll- eine politische Grenze werden zu lassen. Ueber zehn Jahre hat das Saargebiet zum französischen Zollsystem gehört, und in dieser Zeit hat das Saargebiet kennengelernt, wie groß die Liebe Frankreichs für das Saargebiet gewesen ist. Denn wahrlich, diese zehnjährige

wirtschaftliche Verbindung des Saargebiets mit Frankreich war eine wirtschaftliche und politische Leidenszeit vom ersten bis zum letzten Tage. Wenn das offizielle Frankreich mit der Zollverbindung politische Absichten hegte, so sah die französische Wirtschaft in dieser Grenze nur die Möglichkeit besonders günstiger Geschäftsausnutzung zur Ausdehnung der französischen Ausfuhr. Dagegen hielt es sich die saarländische Einfuhr ängstlich vom Halbe. Das Saargebiet war zehn Jahre Ausbeutungsgebiet für die französische Wirtschaft. Da nützen nachträgliche Feststellungen und Erklärungen nichts. Die Tatsachen sind überzeugend.

Es ist nicht angebracht, heute noch einmal alle die Dinge aufzuwühlen, die sich durch die Zollverbindung des Saargebiets mit Frankreich so äußerst drückend für die Saarbevölkerung auswirkten. Aber daran muß erinnert werden, daß die französische Zollgrenze an die saarländisch-deutsche Grenze vorverlegt wurde ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Strukturverhältnisse an der Saar, deren natürliche Wurzeln in Deutschland lagen. Die ganze Saarwirtschaft drohte zum Erliegen zu kommen, weil der ganze strukturelle Aufbau der Saarwirtschaft in der deutschen Wirtschaftsentwicklung verankert war, und die französische Zollgrenze die Aufrechterhaltung der Saarbetriebe in Frage stellte. Zehn Jahre hat das Saargebiet diese Schwierigkeiten ertragen. Und es geziemt sich, an diesem Tage der Hilfe zu gedenken, die das deutsche Vaterland auch in dieser Frage dem Saargebiet nach Kräften angedeihen ließ.

Andererseits soll auch daran erinnert werden, daß es leider auch deutsche Firmen gab, die kein Verständnis für die Notlage der saarländischen Wirtschaft kannten und sich ablehnend gegenüber Wünschen nach Vergünstigungen im Interesse der Aufrechterhaltung deutschen Warenbezuges verhielten. Vielfach sind es jene Firmen, die jetzt, nachdem auf Grund des 13. Januar die Rückgliederung des Saargebiets feststand, nicht eilig genug ihre Vertreter ins Saargebiet senden konnten, um möglichst bald wieder hier ins Geschäft zu kommen. Die Methoden, die dabei angewandt wurden, gingen so weit, daß sich der Saarbevollmächtigte des Reichskanzlers, Gauleiter und Staatsrat Bürckel, veranlaßt sah, eine Vertretersperre für wirtschaftliche Werbungen anzuordnen.

Aber auch die Saarbevölkerung hat sich jene Firmen gut gemerkt. Sie wird auch in Zukunft ihre Einkäufe in erster Linie bei jenen Firmen vornehmen, die zum Teil selbst unter eigenen Opfern ihre Geschäftsverbindungen mit dem Saargebiet aufrechterhielten und damit dem Saargebiet die Möglichkeit gaben, sich wirtschaftlich gegen die französische Konkurrenz zu halten.

Der 18. Februar brachte aber noch eine weitere grundsätzliche Vorlösung der Rückgliederung: die Wiedereinführung der Mark-Währung! Elf Jahre und sieben Monate hat die französische Währung an der Saar das Feld beherrscht. Am 1. Juni 1923 wurde sie durch die Saargebietung nach rund dreijährigem heißen Ringen vertragswidrig und gegen den Willen der Bevölkerung als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel unter völligem Verbot der deutschen Währung eingeführt. Damals schrieb in triumphierender Siegesgewißheit ein französisches Blatt: „Liebe französische Banknote. Das Bild deiner behelmten Frau hält heute seinen Einzug in das Saargebiet. Bist du ein Vorläufer? Behalte ja deine ganze Kraft, liebe französische Banknote!“ Dieses Blatt brachte zum Ausdruck, was mit der willkürlichen vertragswidrigen Einführung der französischen Währung an der Saar beabsichtigt war: Die Vorbereitung der nachträglichen politischen Annexion des Saargebiets.

Seit dem 18. Februar ist das Wahrzeichen des neuen Reiches das Schmuckbild des Geldstückes, das durch den Spruch des deutschen Volkes am 13. Januar wieder alleingültiges Zahlungsmittel geworden ist. In über dreihundert Wechselstuben geht die Umwechslung der Franken in deutsche Reichsmark vor sich. Zahlreiche Geschäfte zeichnen ihre Waren in den Schaufenstern bereits in Reichsmark aus. Zwei wichtige Bastionen der französischen Saarpolitik sind gefallen: Zoll und Währung. In wenigen Tagen wird auf den Schächten der Saargebiet die französische Tricolore niedergehen, und im frühlingnahen Wind werden die deutschen Fahnen das freigewordene Saargebiet begrüßen.

Inzwischen sind auch die letzten Abkommen über die Rückgliederung des Saargebiets an das Reich in Neapel in Gegenwart des Vorsitzenden des Dreier-Ausschusses, Baron Aloisi, unterzeichnet worden. Es ist bei dem beiderseitigen guten Willen der beteiligten Unterhändler gelungen, die letzten Schwierigkeiten zu beseitigen. Die wenigen Tage bis zum 1. März, dem Tag der offiziellen Rückgabe des Saargebiets, werden dazu benutzt, um nach Möglichkeit alle Hemmungen auszugleichen, die sich durch den Übergang von der fremden Verwaltung in die rechtmäßige deutsche Regierung notwendigerweise ergeben müssen. Denn gar zu systematisch hatte man gearbeitet, das Saargebiet für immer von Deutschland zu lösen, zu zerschneiden, jene Verbindungen, die man gewaltsam zerriß, um das Lebensblut des Saargebiets zu unterbinden. Jetzt gilt es, die Fäden erneut zu knüpfen und den natürlichen Blutkreislauf wiederherzustellen.

Im Saarland wird man inzwischen festgestellt haben, daß das neue Deutschland alles vorbereitet hat, um den Übergang von den unnatürlichen Zwangsverhältnissen in die natürlichen deutschen Verhältnisse so reibungslos wie möglich zu gestalten. Unnachlässig greift der Saarbevollmächtigte des Reichskanzlers, Gauleiter Bürkel, dort ein, wo Kurzsichtigkeit oder übereifrige Geschäftstüchtigkeit gewollt oder ungewollt Beunruhigung in das wirtschaftliche Leben der Saar hineinzutragen sich anschicken. Es ist alles bedacht und vorbereitet, so daß die Reibungspunkte auf das kleinstmögliche Maß herabgemindert werden. Unverständige Warenansuhr wird ebenso abgedämmt wie planlose Heranführung nichtsaarländischer Arbeitskräfte. Die Hauptsache ist, daß das Wirtschaftsleben an der Saar nicht nur in Gang bleibt, sondern in den Rhythmus des neuen Reiches allmählich hineingesteuert wird. Dadurch wird die Gewähr geboten, daß der Arbeitsmarkt an der Saar von Stunde an entlastet wird. Das Wort des Führers wie des Ministers Dr. Goebbels, daß es im nationalsozialistischen Deutschland, das in weniger als achtzehn Monaten die Arbeitslosenziffer im Reich um über drei Millionen herabdrückte, ein leichtes sein werde, die 40 000 oder 50 000 Arbeitslosen des Saargebiets unterzubringen, wird und muß sich in Kürze er-

füllen. Die Prophezeiungen der Feinde Deutschlands, daß mit der Rückgliederung der Saar sich dort verschärfte Not und erhöhte Arbeitslosigkeit einstellen müßten, werden sich genau so als Hege und Lüge erweisen wie die Prophezeiung der mindestens 40 Prozent Status-quo-Stimmen am 13. Januar.

Die Schlagbäume an der saarländisch-deutschen Grenze sind beseitigt, die französische Währung hat der deutschen Währung weichen müssen. Die Rückgliederung ist auf breiter Front auf dem Marsche. Die internationalen Abstimmungstruppen, die Herr Knox zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung für unbedingt notwendig hielt, sind zum größten Teil bereits abgerückt, ohne daß sie irgendwo hätten eingesetzt zu werden brauchen. Sie werden die klassischen Verkünder deutscher Treue, deutscher Ordnung und deutschen Friedenswillens in ihrer Heimat sein. Jedenfalls verdient es hervorgehoben zu werden, daß sie ohne den leisesten Mißklang das Saargebiet wieder verlassen, daß sie sämtlich mit Erfolg bemüht waren, in ein freundschaftliches Verhältnis zur Saarbevölkerung zu kommen. Wenn ihnen das in so hervorragender Weise gelungen ist, dann einmal durch den unbedingten Neutralitätswillen ihrer Kommandeure, zum andern durch das korrekte und disziplinierte Verhalten der Bevölkerung. Die Saarbevölkerung hat sich überhaupt durch ihre Disziplin, durch ihre Ruhe und durch ihre einheitliche deutsche Haltung in den Augen der Welt selbst übertroffen. Alle Ausländer, die das Saargebiet in den Abstimmungswochen besucht haben, sind des Lobes über diese prächtige Haltung der Bevölkerung an der Saar voll. So etwas konnten sie nach dem, was monate- und jahrelang über sie an Verleumdung und Verhöhnung verbreitet worden ist, wirklich nicht erwarten. Hier erlebten sie einen Anschauungsunterricht über das verbrecherische Treiben der Emigranten im Ausland, wie er im Interesse der Wahrheit besser nicht erteilt werden konnte.

Die Stunde der endgültigen Befreiung für das Saargebiet ist gekommen. Nach den erhebenden Tagen der Abstimmung vermag eine Steigerung des Glückes und der Freude über die nun anbrechende Freiheit kaum noch in Erscheinung zu treten. Und dennoch: Wenn man heute die Bevölkerung an der Saar beobachtet, wenn man den einzelnen spricht, dann tritt einem überall ein innerlich empfundenen Glück dieser Menschen entgegen, die sechzehn Jahre in Kampf, Sorge und Not gestanden haben. Manchen überkommt heute die Erinnerung an schwere Wochen und Monate, in welchen es schien, als sollte ihnen das Vaterland, die Heimat, ihr Deutschtum genommen werden.

Und wenn man an die Tage vor sechs, sieben Wochen zurückdenkt, wo noch Kreaturen wie Braun, Hoffmann und Genossen das ganze Volk an der Saar zu terrorisieren vermochten, dann versteht man erst dieses innere Glück, das heute die Menschen an der Saar erfüllt. Dieser Spuk des Saar-Separatismus ist schneller und gründlicher verslogen, als selbst die größten Optimisten zu hoffen wagten. Es ist nichts mehr von ihnen übrig geblieben als ein unauslöschlicher Haß über jenes „Führertum“, das mit gefüllten Kassen das Land ihrer Untaten verließ und zahlreiche Opfer ihrer verbrecherischen Tätigkeit ihrem Schicksale preisgab. Sie sollen und werden ihren Lohn dennoch finden; denn Gottes Mühlen mahlen langsam, mahlen aber trefflich fein.

Diese wenigen Verführer sollen ausgenommen sein. Im übrigen aber gilt für den Tag der Heimkehr jenes Wort des Führers auf dem Ehrenbreitstein:

„Wir werden in Ihnen keine Partei sehen, werden nicht sehen, was in der Vergangenheit war, sondern werden in Ihnen die 800 000 uns entrisenen Deutschen sehen, die zurückkehren zu uns, und denen wir die Tore öffnen, auf daß Sie einziehen in ein festlich geschmücktes Haus, das Ihrer wartet. Und wir wissen, Sie haben alle einen guten Anteil daran.“

Die Betrogenen / Von Werner Pardoll.

Das Ergebnis des 13. Januar hat neben der begeisterten Freude des treuen Saarpvolkes über das Ende der Fremdherrschaft, über die endliche Heimkehr ins Vaterhaus für die Abtrünnigen und Verführten unendliche Enttäuschung, Bestürzung, Kummer und Not gebracht. Viele von ihnen, die da glaubten, mit ihrer Stimme für den Status quo für sich und ihre Ideen ein Paradies und sichere Zukunft zu erringen, erkennen jetzt, daß sie die Opfer eines ungeheuren Betruges, gemeinen Verrats und arglistiger Täuschung geworden sind. Sie haben geglaubt, daß die bombastischen Reden und Versprechungen ihrer sogenannten Führer einen realen Hintergrund hätten, daß diese wirklich für eine „Meinung“, für ein erstrebenswertes Ziel gestritten hätten. Heute wissen es alle, daß sie das Werkzeug verbrecherischer Egoisten und politischer Hochstapler geworden sind. Heute haben sie erfahren, daß die Verleumdungen des neuen Deutschland und ihrer Führer eben Verleumdungen, Lüge und niedrigste Hezke waren.

Viele von ihnen haben inzwischen Gelegenheit gehabt, durch achttägigen Aufenthalt im neuen Reich sich selbst davon zu überzeugen, wie es dort aussieht, wie es dort zugeht, und was Dichtung und Wahrheit ist. Nicht wenige von ihnen sind in die Saarheimat zurückgekehrt als leidenschaftliche Anhänger des neuen Deutschland, als sehend gewordene Verführte. Sie haben verschiedentlich ihren Quartiergebern tränenden Auges versichert, daß sie die schönsten Stunden ihres Lebens in der Reichshauptstadt verlebt haben, weil sie hier erkennen durften, daß das deutsche Volk unter der Führung Adolf Hitlers sich zu einer Volksgemeinschaft zusammengefunden hat, die die Voraussetzung für ein neues, starkes, gesundes und zukunftsreiches Deutschland wurde. Hier im deutschen Vaterland ist ihnen klar geworden, wie schändlich sie durch Braun, Hoffmann, Pfordt und Genossen belogen wurden, wie man sie durch eine Flut von Verleumdungen und Lügen systematisch blind gegenüber den neuen Verhältnissen im Reich gemacht hatte. Nichts von alledem, was man an Ungeheuerlichkeiten und Ungerechtigkeiten über das neue Deutschland Jahre und Monate hindurch in der Separatisten- und Emigrantenpresse des Saargebietes verbreitet hat, haben sie bestätigt gefunden. Sie sind in der Gewißheit ins Saargebiet zurückgekehrt, daß das, was die saar-deutsche Presse über das neue Reich, über die Wiedergesundung auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, arbeitsrechtlichem und kulturellem Gebiet geschrieben hat, den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Sie haben ein Deutschland der Ruhe, der Ordnung und des Aufbaues gefunden, wo jeder einzelne mit Stolz und frohem Glauben an der deutschen Zukunft mitarbeitet.

Wenn man die Berichte dieser einfachen, jetzt sehend gewordenen Menschen hörte und dann die Nachrichten über das Ergehen der zahlreichen Flüchtlinge las, dann krampfte sich einem das Herz zusammen über das Leid und Unglück, das verantwortungslose Kreaturen über Tausende solcher verführten Menschen gebracht haben. Gewiß sind Hunderte und aber Hunderte von ihnen bald nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses ins Ausland gegangen, weil sie offenbar wußten, daß sie etwas auf dem Kerbholz hatten. Abgesehen von jenen, die ihre Hand mit Bruderblut besudelten, hätten die meisten von ihnen in der Heimat bleiben können, da ihr Hauptunrecht darin bestanden haben dürfte, bis zum Schluß gegen das neue Deutschland gearbeitet zu haben. Wir sind überzeugt, daß auch sie sich eines Tages hätten zum Guten bekehren müssen. Ihre Verblendung und ihr Irregehen war aber kein Grund, um Heimat und Vaterland zu verlassen. Der deutsche Sieg an der Saar ist so gewaltig, daß niemand Verlangen danach trägt, kleinliche Rache zu üben. Das neue Deutschland hat bewiesen, daß es seinen einstigen politischen Gegnern, wenn sie sonst der Politik entsagen, in weitgehendstem Maße Toleranz gewährt. Der beste Beweis ist wohl die Tatsache, daß es den früheren preußischen Innen- und Polizeiminister Severing, der jahrelang führend in der Sozialdemokratischen Partei stand, in jeder Hinsicht unbehelligt läßt. Sollte es diesen kleinen verführten Sündern an der Saar gegenüber anders verfahren? Wir bedauern, daß so viele von den Gegnern des

neuen Deutschland im Saargebiet aus völlig unnötiger Sorge die Heimat verlassen und nun im Ausland einem ungewissen, leidvollen Schicksal preisgegeben sind.

Andererseits aber bedauern wir noch mehr, daß die Führer dieser leichtgläubigen Menschen, die Braun, Hoffmann, Pfordt und Konsorten, die Möglichkeit haben, im Ausland ein sorgenfreies Leben zu führen. Sie setzten sich über all ihre marxistischen, kommunistischen und „christlichen“ Grundsätze hinweg, verließen die armen Opfer ihrer Verräterpolitik und verzehren in aller Sorglosigkeit die Zinsen der Kapitalien, die sie für ihre Verräterarbeit aus den verschiedensten französischen Propagandafonds „erhielten“. Leider sind den Verführten zu spät die Augen geöffnet worden. Das beweist ein Brief, den einer der verführten Anhänger des Separatismus an die „Forbacher Bürger-Zeitung“ schrieb, und worin es heißt:

„Wir stehen vor der Tatsache, die wir bisher nicht glauben wollten, wenn uns von Kritikern warnend zugerufen wurde, daß ein politischer Hochstapler uns jahrelang betrogen und uns nun in unserer Not verlassen hat. Unser Exführer Max Braun und sein Bruder Heinz sind so ziemlich als erste in ihren Luxuslimousinen nach Frankreich geflüht, wo sie nun durch die Gegend sausen, während wir durch die Straßen irren und nicht wissen, was aus uns werden wird. Wenn sich die Herren Führer Max Braun und Konsorten wenigstens einmal bei ihren Opfern sehen lassen und ihnen ein paar freundliche Worte sagen! Aber nein, man sitzt in seiner Villenwohnung oder meist im besten Hotel Forbachs, während Frauen und Kinder durch solche Auchpolitiker ins Verderben gestoßen sind. Zahlreiche in das Saargebiet zurückgekehrte Emigranten schreiben uns von dort, daß die Stimmung gegen Max Braun auch dort ganz umgeschlagen ist und man allgemein von Sozialdemokraten die schärfste Kritik an seinem Wohlleben im nahen Forbach hört, während seine armen Parteigenossen nichts zu essen haben. Dasselbe trifft auch auf den Kommunisten Fritz Pfordt zu. Auch er ist als einer der ersten geflohen, und man sieht ihm nicht an, daß er Not leidet. Auch unsere sozialistischen Kameraden in Forbach sollten diesem Braun-Skandal ein Ende machen. Man fragt sich übrigens bei uns Emigranten, woher die Herren das viele Geld haben, Autos mit Chauffeuren und entsprechende Damen unterhalten zu können. Hat sich etwa der Saarkampf für sie gelohnt? Wir armen Kämpfer haben nur Verlust.“

Dieser Brief drückt die Lage aus, wie sie ist: Die „Führer“ der Separatisten, Kommunisten und Emigranten haben geheht und verleumdet und die Masse der verblendeten Gläubigen in den Kampf gedrängt. Während sie glaubten, für eine gute Idee zu kämpfen, haben ihre „Führer“ die Hunderttausende mit zynischem Lachen in die Taschen gesteckt, haben sich jenseits der Grenze ihre feudalen Wohnungen gesichert und in dem Augenblick die Grenze überschritten, als sich zeigte, daß es für sie nichts mehr zu erben gab. Man kann nur eines hoffen, daß nun auch dem Letzten die Augen geöffnet worden sind, wie man sie jahrelang ausgenutzt hat, damit einige wenige ihrer „Führer“ sich mästen konnten.

Zu bedauern ist schließlich, daß Frankreich bei der Behandlung der Saar-Emigranten nach reichlich unsozialen Gesichtspunkten vorgeht. Diejenigen, die genügend Mittel zur Verfügung haben, dürfen sich in Frankreich ihren Aufenthalt und ihre Betätigung selbst auswählen. Andere Personen aber, die über keine Mittel verfügen, müssen, soweit man sie überhaupt hereinließ, dort Aufenthalt nehmen, wo man sie hinschickt. Sie führen dort ein Kuli-Leben, weil sie töricht genug waren, den bezahlten Agenten Frankreichs zu glauben. Zum Glück haben verschiedene dieser törichten Menschen den Mut aufgebracht, wieder in die Saarheimat zurückzukehren. Wir hoffen, daß sie sich inzwischen überzeugt haben, daß ihnen nichts geschieht. Sie müssen sich nur anständig und ruhig verhalten und werden dann bald zu der Erkenntnis kommen, daß sie drauf und dran waren, die größte Dummheit ihres Lebens zu tun.

Es ist der Wille des Führers Adolf Hitler, daß keinem aus seiner Ueberzeugung ein Schaden erwachsen soll. Er geht von dem durchaus richtigen Standpunkt aus, daß wir alle Menschen sind, die Irrtümern unterworfen sein können.

Diesentigen, die den Lockungen der bezahlten Agenten gefolgt sind, sind eben einem Irrtum verfallen. Sie haben jetzt die Möglichkeit, diesen Irrtum zu erkennen und sich in die neuen Verhältnisse einzuleben. Es wird ihnen sicherlich nicht schwer fallen, wenn sie erst beobachten können, mit welcher Kraft und Zielklarheit das neue Deutschland den Aufbau an der Saar in Angriff nimmt. Die Wunden des sechzehnjährigen Ringens um deutsche Freiheit werden schneller geheilt werden, als die meisten ahnen. Und je entschlossener und willensstärker jeder einzelne, wo immer er auch stehen mag, sich in die Front der aufbauenden Kräfte stellt, um so schneller wird das Werk seine Krönung finden. Allen denjenigen, die jahrelang in die Irre gingen, bietet sich jetzt die Möglichkeit, alles wieder gutzumachen. Nur eines wünschen wir, daß die Verführer Braun, Hoffmann, Pfordt und Genossen das Saargebiet nie wieder betreten, da sie unermessliches

Leid über dieses vielgeprüfte Land gebracht haben. Sie haben das Recht, sich Deutsche zu nennen, verwirkt. Sie haben bewußt Heimat und Volk verraten und werden deshalb für alle Zeit Ausgestoßene, Verbannte sein.

In wenigen Tagen wird die Rückgliederung des Saargebiets vollendete Tatsache sein. Mit diesem Tage soll an der Saar überall Freude und Friede herrschen. Auch die sollen daran teilhaben, die noch am 13. Januar auf eine andere Lösung hofften. Ihr Irrtum soll ihnen vergeben und vergessen sein. Nur sollen sie als aufrechte Deutsche den ersten Schritt tun und sich zu ihrem deutschen Vaterland bekennen. Nichts anderes verlangt der Führer und nichts anderes verlangt das Saarvolk, das in seiner Treue nie wankend gewesen ist. Türen und Herzen auf: Das Saargebiet ist heimgekehrt und untrennbar für alle Zeiten mit dem deutschen Vaterland wieder vereint.

Stimmungsbilder aus dem Saarkampf

Von Karl Ollmer

I.

November 1918: In den letzten Tagen des Oktober und in den ersten Tagen des November schwirrten an der Saar allerlei Gerüchte herum, die Veranlassung zu großen Besorgnissen gaben. Dann wurde das deutsche Waffenstillstandsangebot bekannt. Es ruft überall größte Bestürzung hervor. Wenn irgendwo, dann hoffte man hier an der Saar, trotz allem, was man hörte und las, immer noch auf einen einigermaßen glücklichen Ausgang des Krieges. Nirgendwo hatten sich im Saargebiet Zersekungserscheinungen gezeigt. Überall war man bereit, bis zum äußersten durchzuhalten. Wußte man doch, welch besonders trauriges Schicksal dem Saarlande bevorstand, wenn der Feind den Frieden diktieren würde. Professor Ruppertsberg, der bekannte Saarbrücker Historiker, weist in einem Aufsatz in der „Saarbrücker Zeitung“ vom 8. November auf die der Saarbevölkerung unmittelbar drohende Gefahr einer französischen Annexion hin. Frankreich habe stets die Schwäche Deutschlands benützt, um das Saarland zu erobern. Nur die treu-deutsche Haltung der Bevölkerung habe zu verhindern vermocht, daß es an der Saar zu einer dauernden französischen Herrschaft gekommen sei.

Die Besorgnis steigt und wird zu einer nicht zu beschreibenden Bestürzung, als der Ausbruch der Revolution in einigen Städten Nord- und Süddeutschlands sowie die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bekannt wurden. Eine tiefe Trauer ergreift die gesamte Bevölkerung. Sie steigert sich zu einer völligen Niedergeschlagenheit, als die Presse die Unterzeichnung des Waffenstillstandes (11. November) und die damit verbundene Auslieferung Deutschlands auf Gnade und Ungnade an die Feinde meldet. Die schlimmsten Befürchtungen werden laut.

Bald setzt der Rückmarsch der deutschen Truppen durch das Saarland ein. Trotz der tiefen Trauer und des großen Schmerzes, unter denen die Bevölkerung leidet, werden die Städte und Ortschaften schnell festlich geschmückt. Auf keinen Fall sollen unsere braven Truppen unter der großen Enttäuschung, die die Kapitulation der Regierung bei dem Saarvolk hervorgerufen hat, leiden. Fahnen, Girlanden und Ehrenbogen sind allenthalben zu sehen. Dicht gedrängt stehen die Menschenmassen von früh bis spät, ja auch in der Nacht auf den Bürgersteigen, um die zurückmarschierenden Truppen zu begrüßen. Dankbaren Herzens gedenken sie der großen Heldentaten, die mehr als vier Jahre den Feind vom Saarlande fernhielten. Alles, was irgendwie an Liebesgaben aufzutreiben ist, wird unseren Soldaten freudig gereicht. Auf Wiedersehen! klingt es unter Tränen der Rührung immer wieder aus aller Munde.

Dichtauf wollen die Franzosen einmarschieren. Offenbar ist es ihre Absicht, in ein festlich geschmücktes Saarland einzuziehen, um durch entsprechende Photos der Welt bildlich zeigen zu können, daß Frankreich an der Saar festlich aufgenommen wurde. Das soll, das darf nicht sein. In aller

Eile wird daher sämtlicher Schmutz entfernt. Und als der Einmarsch der Franzosen mit klingendem Spiel und in großer Aufmachung erfolgt, ist das festliche Gewand verschwunden, keine Fahne oder sonstiger Schmutz mehr zu sehen. Fast alle Läden sind geschlossen; die Straßen sind mit einem Schlage menschenleer geworden. Keinerlei Kundgebungen oder Begrüßungen erfolgen. Auch nicht in Saarlouis, auf das die Franzosen besonders große Hoffnungen gesetzt hatten. Hier unterbleibt selbst der von dem französischen General Lecomte ausdrücklich gewünschte Empfang durch die Behörden der Stadt. Das Erstaunen der Franzosen ist groß. Bei Besprechungen mit den Behörden beschwerten sie sich über den „kühlen Empfang“, wie sie sagen. Später erklärten sie selber, daß sie bei ihrem Einmarsch den Eindruck gehabt hätten, als ob sie in verlassene Städte und Ortschaften einrückten.

März 1919: Alle Bemühungen der Franzosen, die Bevölkerung für ihre Bestrebungen zu gewinnen, bleiben vergeblich. Ihre Versuche, auch für die Volksschulen den französischen Sprachunterricht einzuführen, scheitern an dem gemeinsamen Widerstand der Lehrpersonen, Eltern und Kinder. Auch alle ihre sonstigen Bestrebungen auf kulturellem Gebiete bleiben ohne Erfolg, obschon mit stärkstem Druck vorgegangen wird. Bestrafungen, Amtsenthebungen und Ausweisungen lösen erst recht schärfsten Widerstand bei der Bevölkerung aus. Als in Saarlouis der Bürgermeister im Anschluß an eine Stadtverordneten-Sitzung der zahlreichen vor dem Rathaus harrenden Menge mitteilt, daß die französischen Forderungen nach einer franzosenfreundlichen Erklärung gescheitert seien, antwortete die Bevölkerung mit einem stürmischen „Hurra“ und mit dem Singen des Deutschlandliedes. Größtes Erstaunen bei den Franzosen.

Juni 1919: Die Verhandlungen in der Weimarer Nationalversammlung werden an der Saar mit besonders großer Aufmerksamkeit verfolgt. Weiß man hier doch, daß dann, wenn die in Versailles unter den Alliierten getroffenen Vereinbarungen in Kraft treten, das Saargebiet wenigstens für 15 Jahre von Deutschland getrennt und einer Fremdherrschaft unterstellt wird. Daher ist die Bevölkerung — aber nicht allein aus diesem Grunde — gegen die Annahme des Versailler Vertrages. Die im Saargebiet wohnenden vier Mitglieder der Nationalversammlung stimmen auch gegen seine Annahme. Nie sollen sich die Franzosen darauf berufen können, daß auch die Abgeordneten von der Saar sich mit der Abtrennung des Saargebietes vom Reiche einverstanden erklärt hätten.

Januar/Februar 1920: Das Versailler Diktat tritt in Kraft. Damit wird das Saargebiet auf 15 Jahre der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt. Die Saarkohlengruben gehen schulden- und lastenfrei in den Besitz Frankreichs über. Der tiefe Schmerz über die Abtrennung vom Vaterlande ist an der Saar allgemein. Ebenso fest ist aber auch der Wille, dem deutschen Vaterland treu zu bleiben. Obschon die Presse unter strenger Zensur steht, verleist sie

doch dem Willen der Bevölkerung mutig Ausdruck, solange sie kann. Besonders freudig begrüßt wird auch das Erscheinen der ersten Nummer des „Saarfreund“ in Berlin, der von dem ausgewiesenen Stadtverordneten Th. Vogel herausgegeben wird. Man weiß, daß der „Saarfreund“ in erster Linie ein Sprachrohr der unterdrückten Saarbevölkerung sein wird, ganz besonders in den Zeiten, in denen die Saarpresse mundtot gemacht ist. Als in Saarbrücken die ersten Mitglieder der vom Völkerbundsrat ernannten Regierungskommission eintreffen, nimmt die Bevölkerung von dem Einzug kaum Notiz. Auch die zum Empfang vorher besonders eingeladenen Zeitungen bleiben den Empfangsveranstaltungen absichtlich fern. Kein Vertreter der Saarpresse nimmt daran teil. Die erste große Regierungsproklamation wird von der Presse und der Bevölkerung mit größter Zurückhaltung und berechtigtem Mißtrauen aufgenommen. Die Zeitungen betonen, daß die Bevölkerung an der Saar deutsch ist und bleiben will, das ihr aufgebürdete Schicksal als ein großes Unrecht empfindet, jedoch in der Erwartung, daß die Regierungskommission streng neutral ihres Amtes walten werde und es als ihre erste Aufgabe betrachte, für das Wohlergehen der ihr anvertrauten Bevölkerung zu sorgen, zur Mitarbeit bereit ist.

März 1920: Die Abordnung der internationalen Kommission, die die Grenze des Saargebietes feststellen soll, trifft in Saarbrücken ein. Die deutsche Abordnung wird von Oberstleutnant von Kxlander geführt (den unsere Leser auch durch seine laufenden Veröffentlichungen im „Saarfreund“ schätzen gelernt haben. D. Schr.). Als er mit seiner Begleitung (Offiziere und Mannschaften der Reichswehr) in Saarbrücken eintrifft, geht es wie ein Lauffeuer durch das Saargebiet: Reichswehr, deutsche Reichswehr in Saarbrücken. Bald haben sich Tausende und aber Tausende in der Bahnhofstraße vor und in der Nähe des Hotels „Rheinischer Hof“, in dem die deutsche Abordnung Wohnung genommen hat, versammelt. Seit dem 23. November 1918 hat man an der Saar keine deutschen Soldaten mehr in Uniform gesehen, Reichswehr in Uniform überhaupt noch nicht. In den nächsten Tagen kommt jung und alt aus dem ganzen Saargebiet nach Saarbrücken, um die deutschen Reichswehrsoldaten zu sehen und an ihrer Huldigung teilzunehmen. Immer wieder bricht die, namentlich in den frühen Abendstunden nach Zehntausenden zählende Menge, in stürmische Hochrufe auf Deutschland und die Reichswehr aus. Entblößten Hauptes wird das Deutschlandlied gesungen, andere patriotische Lieder folgen. Ein Freudentaumel hat die Masse erfasst. Oberstleutnant v. Kxlander wird von der Menge immer wieder herausgerufen und jubelnd begrüßt. Die Franzosen sind fast im wahrsten Sinne des Wortes sprachlos ob dieser

Rücksendung von Ausweispapieren der Abstimmungsberechtigten

Die zum Nachweis der Abstimmungsberechtigung seinerzeit eingesandten persönlichen Papiere (Militärpaß, Urkunden usw.) werden auf Antrag wieder zurückgegeben. Der Gemeindebezirk Saarbrücken-Stadt hat für die Abstimmungsberechtigten seines Bezirkes eine besondere Dienststelle eingerichtet, die die Aussonderung der genannten Papiere, die allein in diesem Bezirk von etwa 30 000 Abstimmungsberechtigten eingereicht worden sind, übernommen hat. Für Saarbrücken-Stadt sind alle derartigen Anträge an den

Herrn Oberbürgermeister, Abtl. III M O
Saarbrücken, Rathaus

zu richten. Die Rücksendung wird erst vom 1. 3. 1935 an — nach Einführung der deutschen Posthoheit — erfolgen.

Die Antragsteller werden jedoch dringend gebeten, Rückporto in Briefmarken im Wert eines Einschreibebriefes dem Antrag beizufügen; andernfalls müßte die Zusendung unfrankiert erfolgen.

Für die übrigen Gemeindebezirke des Saargebietes empfiehlt es sich, die Anträge an die Bürgermeisterämter zu richten.

Berlin, den 20. Februar 1935.

Geschäftsstelle „Saar-Berein“.

Begeisterung. Sie halten sich zunächst zurück. Erst, als die Ansammlungen geringer werden, treten sie auch mit Absperrungs- und Säuberungspatrouillen — die auffallend stark sind — in Erscheinung.

(Fortsetzung folgt.)

Das Lied vom Benikstollen!

Wenn man von Saarbrücken nach Neunkirchen fährt, so sieht man in Sulzbach, dem Walde zu, einen Schacht aufragen, der im Jahre 1891 errichtet ist und den Namen „Benikschacht“ trägt. Der Schacht ist an der Stelle aufgerichtet worden, wo früher der Benikstollen in der Erde sich hinzog und hat daher auch seinen Namen erhalten. Der Name weist auf eine alte Bergmannsfamilie hin, deren Schicksale schon seit über 200 Jahren mit dem Saarbergbau verknüpft sind. Der Ahne, Michael Benik, der 1647 im Berner Gebiet in der Schweiz geboren war, wanderte bald nach dem 30jährigen Kriege nach Nauheim aus, wo er als Zimmerer sein Auskommen fand. Sein Sohn Ulrich, geboren 1705, war Grabiermeister in Nauheim. — Die Fürstinwitwe Charlotte Amalie von Saarbrücken-Alsingen, die ihre Einkünfte aus dem Kohlenbergbau durch viele Verordnungen zu heben trachtete, hoffte durch eine Neubelebung der Sulzbacher Salzgewinnung den Wohlstand ihrer Familie und den des Landes zu heben. Sie sandte den Salzdirektor Joseph Todesco ins Saargebiet, um ein Gutachten über das Salzvorkommen in Sulzbach-Dudweiler zu erlangen. Dieses Gutachten erweckte große Hoffnungen, und 1730 kam der Salzdirektor Joseph Todesco auf Wunsch der Fürstin Charlotte Amalie mit einigen Gehilfen ins Saargebiet. Zu den Gehilfen Todescos gehörte auch der Grabiermeister Ulrich Benik, der nach Dudweiler zog, da das Grabierwerk und das Sudhaus dort errichtet wurden. Noch heute erinnert der Name „Sud“ an jene Zeit. Die Hoffnungen aber, die an das Sudwerk geknüpft worden waren, erfüllten sich nicht. Schon 1836 wurden die Anlagen versteigert.

Ulrich Benik hatte in Dudweiler die Frau gefunden, die ihn zum Bleiben veranlaßte. 1734 hatte er sich mit Katharina Elisabeth Schmelzer verheiratet und seit dieser Zeit, also seit 200 Jahren ist die Familie in Dudweiler ansässig. Johann Valentin Benik, der Sohn Ulrichs, wurde Zimmerer. Und auch dessen Sohn trat in die Fußstapfen der Väter. Christian Benik, Zimmermann, so lautet die Ueberlieferung der Familie, schlug 1826 den Benikstollen an von dem noch heute ein altes Bergmannslied berichtet. Dieses Lied ist 1836 gedichtet, und darin berichtet der Bergmann von seinen Leiden und Freuden im Benikstollen.

Lied vom Benikstollen!

Deftlich in dem Benikstollen, auf der Bühne Nummer drei,
Sind die Felsen angeschwollen, hart, voll Wasser, schwer wie Blei,
Dort soll ich mein Brot verdienen und mich wie ein Hund abschinden,
Bei dem Dunkel und dem Nidel, mit dem Schlägel, Reil und Pickel.
Kommt der Steiger angefahren, so entfällt uns schon der Mu.,
„Ei! ihr braucht ja nur zu scharren, eure Arbeit, die ist gut“,
Will man ihm was widerlegen, so fängt er an uns auszufegen,
„In die Strafe nehm ich euch“. — Des geschieht auch öfter gleich.

Einer der größten Versailler Skandale beendet

Ein Skeptiker, der zum begeisterten Freunde der Saar wurde

Wie sehr die systematischen Presselügen der Separatisten und Emigranten die internationale Presseatmosphäre gegen Deutschland vergiftet hatten, das beweist eine begeisterte Schilderung, die der als Vorsitzender des Abstimmungsbüros Niederbergbach im Saargebiet fungierende Bürgermeister der südholändischen Stadt Degtgeest, van Gerrevink, über seine Eindrücke an der Saar in dem nicht gerade deutschfreundlichen Blatt „Leidsch Dagblad“ gibt. Darin sagt er u. a.: „Wie jeder entwickelte Mensch, hatte auch ich mir ein eigenes Bild über das Saarproblem und das Dritte Reich geformt. Und nun will ich Ihnen zuerst folgendes sagen: Als Folge des Abstimmungsergebnisses ist jetzt einem der größten Skandale des Vertrages von Versailles ein Ende gemacht. Als zweiten Eindruck folgendes:

Ich habe über die Saargelegenheit eine total andere Ansicht mit zurückgebracht, als ich vorher infolge der sehr tendenziösen Berichterstattung der großen Presse in unserem Lande über den wirklichen Zustand dort besaß.

Was in unserer Presse in Zukunft über das Dritte Reich gesagt wird, davon glaube ich kein Wort mehr!

Ich will Ihnen ausdrücklich die Wahrheit sagen: 90 Prozent der Bevölkerung haben nicht allein für Rückkehr ins Vaterland gestimmt, nein, auch absolut für Hitler! Die übrigen 10 Prozent würden auch jetzt für Deutschland gestimmt haben, sie waren jedoch gegen Hitler. Sowohl Katholiken, als auch Nichtkatholiken haben diese Opposition unterstützt.

Ich bin zu dieser Meinung gekommen infolge der Tatsache, daß ich meine ganze freie Zeit gebrauchte, um die dortigen Zeitungen zu studieren, mit der Bevölkerung zu sprechen, an den Stammtischen in den Wirtschaften, wo die Großen mit den einfachsten Arbeitern zusammensaßen. Obwohl sie im Anfang nicht recht mit der Sprache herauskamen, habe ich doch viel gehört, so daß ich mir ein umfassendes Urteil bilden konnte.

Es war keine Rede von verwirrten Zuständen, ich habe alle Zeitungen von der Deutschen Front gelesen und fand keine einzige Unwahrheit darin. Von Einschüchterung von Seiten der Deutschen Front war ebensowenig die Rede, da diese auch absolut nicht notwendig gewesen wäre. Wohl aber stieß ich auf Verdächtigungen von Seiten der Status-quo-Anhänger und derer von Frankreich. Daß auch die katholischen Kreise an Hitler hängen, beweist wohl die

Abbildung, die ich in einem ihrer Blätter fand, und die die Begegnung eines Bischofs mit Hitler darstellte, worunter die Worte des Bischofs standen: „Hitler, ich habe Sie nie begriffen, aber jetzt begreife ich Sie!“

Sie müssen meinen Eindruck vor allem unabhängig stellen von meiner eigenen politischen Auffassung. Ich persönlich sehe noch große Fehler im Hitler-Regiment, mit denen ich mich absolut nicht einverstanden erklären kann. Jedoch Sie fragen mich nach meinem Urteil, und dann kann ich keine andere Erklärung abgeben als diese:

Die Würde, mit der die Bevölkerung die Bestimmungen des Vertrages von Versailles ertragen hat, hat meine größte Bewunderung erregt. Diese wurde am Tage der Abstimmung noch größer. Die absolute Ordnung und die unterdrückte Begeisterung der Menschen auf meinem Abstimmungsbüro (Niederbergbach) war eine Lust zu sehen. Selbst in Holland kann man hieran ein Beispiel nehmen. Einige Male habe ich als Vorsitzender eine Freundlichkeit zu den Stimmern gesagt, jedoch sie schwiegen, und nur in ihren Augen konnte ich sehen, daß ihnen meine Bemerkung gefiel. Am Tage des Bekanntwerdens des Abstimmungsergebnisses fühlte ich es wirklich beschämend, daß die Bevölkerung so viel ertragen mußte.

Als das Resultat bekannt wurde, weinte man vor Freude und fiel einander vor Begeisterung in die Arme. Obwohl Verzierungen der Straße im Anfang verboten waren, begannen sie doch zuzunehmen, zuerst etwas Tannengrün und ein paar Fahnen, jedoch plötzlich kam der Durchbruch: Ein Meer von Flaggen und Tannengrün. Schwarz-Weiß-Rot und Hakenkreuz.

Ich kann auch nicht anders sagen, als daß ich begeistert zurückgekommen bin über die Treue, die die Saarbevölkerung ihrem Vaterlande erwiesen hat.

„Haben Sie noch Schwierigkeiten gehabt während der Abstimmung?“

„Keine einzige! Ich brauchte keine der bei mir abgegebenen Stimmen für ungültig zu erklären. Von den 588 Menschen, die auf meinem Büro stimmen mußten, stimmten 587. Fünf Tragbaren mit Schwerkranken und ganz alten Menschen wurden hereingebracht.

Wohl muß ich Ihnen sagen, daß auf meinem Büro durch den Wahlprüfer von der Einheitsfront versucht worden ist, die Abstimmung zu beeinflussen. Er wollte nämlich das Pro-

Der Knörzer, der geht in der Straße hin und her, wohl
zum Verbau'n,
Und der Nidel kommt gelaufen, um die Stempel
abzuhau'n,
Währenddem, da sitzt der Onkel in der Arbeit und ist
dunkel,
Denn er hat ein komisch Licht, das möchte gerne haben
Schicht.
Sind die Türstöß eingezogen, so gehts wieder vor den
Stoß,
Wird ein Stückchen hergelogen, so gehts immerfort drauf
los.
Der Knörzer schrämt, der Nidel schrot, der Onkel komman-
diert zum Brot,
So geht alles von der Hand, ist das nicht eine wahre
Schand?
Kommt der Lohntag nun heran, heißt's: „Ihr habt ja
nichts getan!
Es klagt uns der Steiger an und sagt: „Jetzt seid ihr
übel dran“,
Zahlt man uns nach der Manier, trinkt man gleich was
alt'ig Bier,
Ist gleich die Hälfte des Lohnes fort und man heißt Lump
von Ort zu Ort.

Seltam, das Lied klingt nicht gerade sehr vergnügt, und doch, die alten Bergmannsfamilien hängen an ihrem Beruf. Der Sohn des Christian Benitz wird wieder Bergmann, er wird Steiger in Dudweiler. Inzwischen ist die Familie im Saargebiet heimisch geworden. Onkel und Tanten, Söhne und Töchter sind im Saartal hin und her ver-

streut. Überall sind Verwandte und Freundschaften. Sie haben zum Teil Eigentum erworben. Der Sohn des Steigers Johann Valentin Benitz, auch ein Valentin Benitz, wird wieder Bergmann. Als Steiger, Fahrsteiger und zuletzt als Obersteiger der Grube Belsen ist er auf vielen Gruben des Saargebietes tätig gewesen, bis er sich endlich in Geislauren festsetzte. Der alte Herr Obersteiger ist eine bekannte Persönlichkeit im Saarbergbau, von dem man manch lustiges Stückchen erzählt. Er ist nicht gerade der bequemste, der Obersteiger Benitz, aber zuverlässig und treu, und trotz seiner Strenge gern gesehen bei seinen Bergleuten. „Er ist aber gerecht und läßt uns was verdienen“, so lautet das Urteil der Belegschaft. (Viele Bergbeamte, darunter auch Th. Vogel vom „Bergmannsfreund“, liebten seine Gesellschaft, in der es besonders im „Kloppwald“ bei Geislauren bei einem guten Humpen oft fidel herging. Der Höhepunkt war, wenn der liebe alte Benitz ausrief: „Herr sieh' dein Volk an, es sind lauter Zigeuner! D. Schriftltg.) Da nehmen sie seine Eigenheiten gerne mit in den Kauf. Die vier Söhne sind auch dem Bergwerk treu geblieben, sie sind alle vier Beamte bei den Bergwerken, und die Tochter ist Industriellehrerin auf der „Grub“. Sie alle warteten ungeduldig, daß die Saar wieder deutsch wurde, damit auch ihren Kindern die Heimat mit dem Saarbergbau erhalten wird, denn, so singt der alteingesessene Bergmann des Saargebietes heute:

Sie dürfen ihn nicht haben
den Schatz am Saaresstrand,
Wir wollen selbst dort graben,
Glück auf fürs Vaterland!

tololl unterzeichnen, bevor es vollständig fertig war, wahrscheinlich mit der Absicht, später zu erklären, daß die Abstimmung ungültig wäre. Auch versuchte er während der Abstimmung das Vokal zu verlassen, was ich natürlich direkt verhinderte.

Der Abstimmungstag war sehr ermüdend und dauerte von morgens 1/8 Uhr bis abends 8 Uhr. Bis 2 Uhr waren mit Ausnahme von zwei Stimmen sämtliche Stimmen abgegeben, doch mußten wir noch bis 12 Uhr nachts warten, bevor die englischen Soldaten kamen, die Wahlurnen abzuholen. Und da muß ich Ihnen nun gestehen, daß ich das Vorfahren der Panzerautos und das plötzliche Hereinstürzen der bis an die Zähne bewaffneten Offiziere wie ein Hohn auf die Bevölkerung empfand, nach der ruhigen, zurückhaltenden, erwartungsvollen und vollkommen disziplinierten Haltung der Saarländer. Ihre Zuversicht war so stark, daß sie an dem Ergebnis nicht zweifelten. Und doch empfanden sie das Ergebnis als eine Erlösung. Daß das Auftreten der englischen Soldaten manchmal derart war, daß es die Bevölkerung ärgern mußte, davon habe ich selbst Beispiele gesehen, wenn ich auch nicht vollkommen beurteilen kann, in welcher Hinsicht die Saarpolizei zu solchem Vorgehen instruiert war.

Auch war die Organisation der Abstimmungskommission nicht in jeder Hinsicht bewunderungswert.

Zum Schluß möchte ich Ihnen noch einmal sagen, daß Sie meinen Eindruck von meiner politischen Überzeugung scheiden müssen. Es geht hier um die Wahrheit, und die habe ich Ihnen genau schildern wollen. Ich habe viele holländische Bürgermeister gesprochen, die genau so hierüber denken wie ich.

Die Wahrheit über die Saar.

Immer deutlicher tritt jetzt die Auswirkung der Tätigkeit der Mitglieder der internationalen Abstimmungskommission und der Entscheidung internationaler Abstimmungstruppen in das Saargebiet zutage. Sie haben während ihrer Anwesenheit im Saargebiet die Möglichkeit gehabt, Land und Leute kennenzulernen und die tatsächlich vorgefundenen Verhältnisse mit den Pressenachrichten zu vergleichen, die Monate hindurch die Welt überschwemmten und die Saarbevölkerung als einen auffälligen, zu Unruhen und Disziplinlosigkeit neigenden Volksteil hinstellten. Ganz anders aber ist das Bild, das alle diese Menschen aus dem Ausland in ihrer amtlichen Tätigkeit wie auch in ihrem persönlichen Verkehr mit der Bevölkerung über das deutsche Saarvolk gewonnen haben. Viele von ihnen haben deshalb das Bedürfnis, ihre Landsleute über den wahren Charakter des deutschen Saarovolkes aufzuklären. Im schwedischen Rundfunk sprach ein Soldat des schwedischen Saar-Bataillons, um im Namen seiner Kameraden zu erklären, „daß sie die schöne Zeit, die sie an der deutschen Saar verbracht haben, niemals vergessen werden“. Das schwedische Bataillon war in der Hauptsache an der unteren Saar, in Bedingen, Merzig usw. untergebracht. Offiziere und Mannschaften hatten sich sehr bald mit der Bevölkerung angefreundet, so daß ihnen der inzwischen erfolgte Abschied aus dem Saargebiet keineswegs leicht geworden ist. Zahlreiche Freundschaftsbande wurden in den vergangenen Wochen geknüpft. Kurz vor der Abreise übergab z. B. der Kompanieführer der schwedischen Kompanie in Bedingen dem Ortsgruppenleiter der Deutschen Front den Betrag von 1020 Franken mit der Bitte, diese Summe im Rahmen des Winterhilfswerks für Kriegerhinterbliebene als Sammlung der Kompanieangehörigen zu verwenden.

Die Schweden sind inzwischen in ihrer Heimat eingetroffen. Wie sich ihre Berichte von der Saar auswirken, geht u. a. aus einem Leitartikel von „Aftonbladet“ hervor, in dem über den Aufenthalt schwedischer Soldaten im Saargebiet u. a. folgendes geschrieben wurde: „Sie hätten vor allen Dingen auch den Nutzen für sich zu buchen, daß sie die Verhältnisse und Vorgänge in Mitteleuropa (gemeint ist natürlich Deutschland) um einiges richtiger zu beurteilen gelernt hätten, als dies die Schweden im allgemeinen zu tun pflegten. In seinen weiteren Ausführungen wirft das Blatt noch einmal rückblickend die Frage auf, ob es überhaupt angezeigt und notwendig gewesen sei, internationale Truppen

Die Grenzzollstellen des Saarlandes.

Sitz der Grenzstelle

Zollstraße

Silbvingen	Landstr. Waldwiese—Hilbringen
Mondorf-Bahnhof	Eisenbahnlinie Waldwiese—Merzig
Birringen	Landstraße Waldwiese—Birringen
Niedaltdorf-Neunkircher Straße	Landstraße Neunkirchen—Remmeldorf—Niedaltdorf
Niedaltdorf-Gerstlinger Straße	Landstraße Gerstlingen—Niedaltdorf
Kerprich-Hemmerdorf-Bhf.	Eisenbahnlinie Busendorf—Gerstlingen—Dillingen
Ittersdorf-Schredlinger Straße	Landstraße Busendorf—Schredlingen—Ittersdorf
Ittersdorf-Willinger Str.	Landstr. Willingen—Oberfelsberg
Bisten	Landstraße Merten—Bisten
Ueberherrn-Landstraße	Landstr. Karlingen—Ueberherrn
Ueberherrn-Bahnhof	a) Eisenbahnlinie Hargarten—Bous b) Elektrische Bahn Kreuzwald—Saarlouis
Wadgassen-Bahnhof	Eisenbahnlinie Hargarten—Bous
Lauterbach	Landstr. Karlingen—Lauterbach
St. Nikolaus	Landstraße Merlenbach—St. Nikolaus
Nafweiler	Landstr. Roßbrücken—Nafweiler
Großrosseln	Landstraße Kleinrosseln—Großrosseln
Saarbrücken-Güterbhf.	Eisenbahnlinie Forbach—Saarbrücken
Saarbrücken-Hauptbhf.	desgleichen
Goldene Bremm (Außenort Saarbrücken)	Landstraße Forbach—Saarbrücken
Güdingen-Schönbach	a) Landstraße Großblittersdorf—Simbachmühle—Saarbrücken (St. Arnual) b) Saarkanal—Schleuse bei Güdingen
Kleinblittersdorf	Landstraße Großblittersdorf—Kleinblittersdorf
Hanweiler-Bahnhof	Eisenbahnlinie Saargemünd—Hanweiler—Saarbrücken
Hanweiler-Landstraße	Landstr. Saargemünd—Hanweiler
Habkirchen	Landstr. Frauenberg—Habkirchen
Reinheim-Landstraße	Landstr. Bliesbrücken—Reinheim
Reinheim-Bahnhof	Eisenbahnlinie Saargemünd—Bliesbrücken—Reinheim—Blieskastel
Peppentum	Landstr. Güterkirch—Peppentum.



nach der Saar zu entsenden, und kommt zu dem Schluß, daß der Hauptgrund für die Entscheidung des Völkerbundes die unrichtige Auffassung, die er von der wirklichen Lage im Lande gehabt habe, gewesen sei.“

Ebenso herzlich war das Verhältnis der Saarbevölkerung mit den holländischen Marinetruppen. Auch die englischen Soldaten standen mit der Bevölkerung der Orte Neunkirchen, St. Wendel und Homburg im besten Einvernehmen. Vor ihrer Abreise konzertierte die Kapelle des Essex-Regiments zu wohltätigen Zwecken in Landsweiler. Sie überwies den Reinertrag des Konzerts in Höhe von 860 Franken gleichfalls dem Winterhilfswerk.

Vor kurzem erhielt ein Saarbrücker Bürger, Werksfeuermann Klaus Männlein, der als Hilfspolizist im Wahllokal 67 Dienst tat, von dem englischen Vorsteher dieses Büros, Herrn Ben Greene aus Berkhamsted, ein Bild zugesandt mit folgendem Schreiben:

„Hoffentlich können Sie mein sehr schlechtes Deutsch noch verstehen. Ich habe sehr große Freude, Ihnen einen Bild zu senden, daß ich hoffe wird als Erinnerung gelten für den historischen Tag, den wir am 13. Januar durchgearbeitet

haben. Ich möchte Ihnen noch mein herzlichstes Dank geben für Ihrer freundliche Hilfe. Ich werde es nie vergessen wie freundlich ich als Fremder und Ausländer besorgt war, während ich ins Saargebiet war. Mit aller grüße
Unterschrift."

Ist das korrekt?

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Saargrubenverwaltung in völliger Mißachtung der über die Saarrückgliederung getroffenen Vereinbarungen einen regelrechten Ausverkauf der Saargruben versucht hat, obwohl nach den amtlich gegebenen Mitteilungen die Saargruben dem französischen Budget einen Zuschuß von 500 Millionen Franken geliefert haben. Jetzt werden Einzelheiten über das Verhalten bekannt, das die lothringischen Privatgruben den dort beschäftigten und unter den Schutz des Baseler und römischen Abkommens gestellten saarländischen Bergleuten gegenüber an den Tag legten. Wie die „Saarbrücker Zeitung“ mitteilt, mehren sich täglich die Klagen über die Schikanen, denen die dort arbeitenden Saarländer ausgesetzt sind. Besonderen Anlaß zur Klage geben die Zustände auf Grube „Kreuzwald“. Dort scheint der saarländische Bergmann mit dem 13. Januar vollständig rechtlos geworden zu sein. Sach-

lich vollständig unmotivierte Verlegungen an schlechtere Arbeitsstellen, hohe und häufige Geldstrafen, Kündigungen und fristlose Entlassungen sind an der Tagesordnung — wohl gemerkt, nur gegenüber den saardeutschen Bergarbeitern! Es werden uns Fälle mitgeteilt, in denen Bergleuten, denen man gekündigt hat, ganz rechtswidrig ein Teil ihres Verdienstes einbehalten wird. Beschwerden sind erfolglos, sie wurden zum Teil in sehr brüsker Form und unter sehr eindeutigen Drohungen zurückgewiesen. Die besondere Art der Beschimpfungen, denen dabei die saardeutschen Bergleute durch den zuständigen Obersteiger ausgesetzt sind, beweisen ganz klar, daß alle Maßnahmen nur dem politischen Ressentiment entspringen.

Wir machen die Verwaltung, so schreibt das Saarbrücker Blatt, von „Sarre et Moselle“, die ja die Grube Kreuzwald in Pacht hat, auf diese Mißstände aufmerksam. Wir unterbreiten sie gleichzeitig den zuständigen deutschen Stellen. Sie dürften über die Mittel verfügen, diesen Skandalösen, politisch wie wirtschaftlich gleich sinnlosen Machenschaften entgegenzuwirken. Denn schließlich sind die Garantien für die auf den lothringischen Gruben beschäftigten deutschen Bergleute Bestandteil der Pachtverträge über die Warndtgruben.

Haß eines Ohnmächtigen

Das Völkerbündnisregime an der Saar hat durch den hemmungslosen Haß eines Abgehalfterten noch die treffendste Charakterisierung erhalten. Viele politisch Blinde sind dadurch sehend geworden. Heute weiß die ganze Welt, welcher Geist 15 Jahre die Saarregierung erfüllt hat; denn 15 Jahre lang hat ein fanatischer Deutschenhasser, der französische Jude Heimbürger, die politische Macht in Händen gehabt. Mit dem Eintreffen der internationalen Abstimmungstruppen schwanden dessen Machtbefugnisse, soweit es sich um die Einschlebung der politischen Machtmittel handelte. Der englische Polizeimajor Hennessy hat das verbrecherische Treiben Heimbürgers enthüllt, als er dessen engste Zusammenarbeit mit der Emigrantenpolizei und mit den Separatisten offenlegte. Deshalb versuchte Heimbürger, diesen englischen Major wegen seines korrekten Vorgehens zu bestrafen. Als Hennessy von einem kurzen Urlaub zurückkehrte, fand er ein Schreiben Heimbürgers vor, in dem ihm kurz und bündig mitgeteilt wurde, er habe bis zum 14. Februar seinen Posten zu verlassen und seine Uniform abzugeben. Heimbürger, der in seinem Schreiben im Auftrage des Präsidenten der Saarregierung, Knox, zu handeln vorgab, suchte sich des ihm schon lange lästigen Polizeichefs dadurch zu entledigen, daß er ihm vorschrieb, am 14. Februar einen Urlaub anzutreten.

Es ist ganz offensichtlich, daß dieses Vorgehen Heimbürgers auf die längst bekannten Vorgänge zwischen den internationalen Polizeioffizieren und gewissen Stellen der Direktion des Innern zurückzuführen ist. Die Verantwortung dafür ist auch dem augenblicklich in Rom weilenden Präsidenten der Regierungskommission nicht abzusprechen. Der Clique Heimbürger und den Emigrantenbeamten war naturgemäß ein erheblicher Strich durch die Rechnung gemacht worden, als durch das energische Eingreifen der internationalen Polizeioffiziere der Polizeiputsch vom 15. Januar verhindert wurde.

Major Hennessy hat inzwischen das Saargebiet verlassen. Er gab vor seiner Abreise folgende Mitteilung an die Presse:

„Es trifft zu, daß ich morgen das Saargebiet verlassen werde. Ich wollte bereits vor einiger Zeit von hier fort, da meine hiesige Position unmöglich geworden war. Aber da ich von gewissen Bemühungen Kenntnis erhielt, mich loszuwerden, blieb mir keine andere Wahl, als hierzulieben, falls irgend jemand an meinem Verhalten Kritik üben sollte. Die erwähnten Bemühungen gipfelten in einem Brief, den der Direktor des Innern, Herr Heimbürger, vor einer Woche an mich richtete — dessen Inhalt übrigens einigen Journalisten früher zugänglich gemacht worden war als mir selbst — und der daraufhin mit einem Interview mit Pressevertretern

dazu benutzt wurde, um zu beweisen, daß ich mir die Mißbilligung der Regierungskommission zugezogen habe. Dieser Brief ist nunmehr offiziell zurückgezogen worden. Ich habe daher Urlaub für die Zeit bis zur Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland erbeten und erhalten.

Bezüglich der Presseäußerungen über Meinungsverschiedenheiten mit dem Direktor des Innern, Heimbürger, ist es leider wahr, daß eine Beteiligung und Mithilfe an einem Putsch, der von einer der politischen Parteien vorbereitet war und an dem ein Teil der Polizei beteiligt war, zu Meinungsverschiedenheiten mit Herrn Heimbürger führte, dessen enge Beziehungen und häufiges Zusammentreffen mit dem Führer dieser Partei während der Woche vor dem Putsch zu meiner Kenntnis gebracht wurden. Beweise, die ich sodann in dieser Angelegenheit erhielt, führten zu meiner Mitteilung an das oberste Abstimmungsgericht, daß ich weitere Untersuchungen für notwendig hielt. Das eingeleitete Verfahren wurde jedoch von einer hochgestellten Instanz unterbunden.

Ehe ich das Saargebiet verlasse, fühle ich mich veranlaßt, besonders zu betonen, daß die Aufgabe der neutralen Polizeioffiziere sehr stark erleichtert wurde durch die überwältigende Disziplin und die gute Ordnungsliebe, bewiesen von dem Volk, dem ich in seiner schweren Prüfungszeit zu einem kleinen Teil zu dienen die Ehre hatte.“

Wie gesagt, diese Mitteilungen stammen von dem englischen Polizeimajor Hennessy, der während seiner Tätigkeit an der Saar einen tiefen Einblick in die Methoden des Herrn Heimbürger getan hat. Herr Heimbürger hätte danach vor den obersten Abstimmungsgerichtshof und damit ins Zuchthaus gehört. Statt dessen hat er seine Übersiedlung an die Riviera auf Kosten des Saargebietes durchgeführt. In welcher Weise das geschah, darüber berichtete die „Berliner Börsen-Zeitung“ wie folgt:

„Die Haupt Sorge Heimbürgers ist gegenwärtig darauf gerichtet, den Umzug vom Saargebiet in seine südfranzösische Heimat so großzügig als irgendmöglich von der Regierungskommission finanzieren zu lassen. Der Kostenanschlag des Herrn Heimbürger übertrifft alle Erwartungen bei weitem und zeigt, daß der Direktor des Innern es wenigstens verstanden hat, seine persönlichen finanziellen Belange nicht zu kurz kommen zu lassen.

Für seine Übersiedlung von Saarbrücken nach seinem privaten Wohnsitz Theoule an der Riviera benötigt Herr Heimbürger die nette Summe von 29 000 Franken, die man ihm ebensowenig abzuschlagen gewillt ist wie die angeforderten Schlafwagenbillette erster Klasse für sich selbst, seine

Tochter und seine Schwiegermutter. Außerdem beansprucht Herr Heimbürger freie Fahrt für seine beiden Hausangestellten. Ferner hat Herr Heimbürger wissen lassen, daß er

entscheidenden Wert auf eine gehörige Abfindungssumme noch über den ihm gewährten Pensionsabfindungsbetrag hinaus legt. Er scheint also selbst der Ansicht zu sein, daß die unschätzbaren Dienste, die er der Saarregierung leistete, nicht teuer genug bezahlt werden können. Die Regierungskommission, die stets seinen Wünschen und seinem Einfluß nur allzu gefügig war, wird auch an diesen Abschiedsbitten Heimbürgers nicht vorübergehen.

Heimbürger hat jedoch nicht nur an sich selbst, sondern auch an seine verflochtenen Emigrantenschützlinge gedacht. Es wird jetzt klar, warum die Auführer des 15. Januar und verschiedene andere Emigrantenbeamten der Regierungskommission immer noch in Forbach sitzen und dort so häufig den Besuch Heimbürgers erhalten. Sie alle werden mit größeren Abschiedssummen bedacht, bekommen teilweise noch volle Gehälter für weitere drei bis sechs Monate, selbst wenn ihre eigentliche Tätigkeit im Saargebiet gar nicht von so langer Dauer war."

Das ist der Mann, der 15 Jahre das Saargebiet terrorisierte, der 15 Jahre lang das Recht des Saarvolkes mit Füßen trat!

Amnestie für wen?

Der Oberste Abstimmungsgerichtshof des Saargebietes hat den seinerzeit wegen angeblicher Verleumdung, Beleidigung und übler Nachrede auf Veranlassung Heimbürgers und der Emigrantenbeamten der Regierungskommission angeklagten Führern des Saardeutschums, Pirro, Kiefer, Schmeltzer, Röchling und Levacher, mitgeteilt, daß das Verfahren gegen sie eingestellt sei, da es sich um eine vor dem 17. Januar begangene politische Sache handle und keine höhere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu sechs Jahren (!) allein oder nebeneinander zu erwarten sei. Die „Verbrechen“ der Führer der Deutschen Front fallen also demnach unter die Amnestieverordnung der Regierungskommission vom 22. Januar.

*

Wie erinnerlich, hatte die Regierungskommission seinerzeit wegen einer Denkschrift der Deutschen Front Strafantrag

gestellt. Die Verfasser der Denkschrift hatten es außerordentlich bedauert, daß der bereits gegen sie angelegte Prozeß in letzter Stunde auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, da sie sehr gern den Wahrheitsbeweis für die in der Denkschrift enthaltenen Behauptungen erbracht hätten. Diese Angaben befaßten sich mit dem Treiben gewisser Beamter in der Regierungskommission. Die Saarregierung hatte jedoch bald einsehen müssen, daß bei diesem Prozeß aller Voraussicht nach nur ihr sehr unangenehme Dinge zur Sprache kommen würden. Der Prozeß wurde ohne Angabe näherer Gründe abgesetzt. Den Führern des Saardeutschums war damit die Möglichkeit genommen, sich von den schweren, gegen sie erhobenen Vorwürfen zu rechtfertigen. Allerdings hat sich auch ohne die Durchführung dieses Prozesses die Emigrantenpolitik des Herrn Heimbürgers als ein restloses Fiasco erwiesen. Durch den Polizeiputsch des 15. Januar ist gerade der Personenkreis neu belastet worden, gegen den sich seinerzeit die Anschuldigungen der Denkschrift der Deutschen Front richteten. Die Regierungskommission hätte daher in ihrem eigenen Interesse weiser gehandelt, die Beschwerden der Deutschen Front näher zu prüfen, als sich schüßend vor Leute zu stellen, die sich wenige Wochen später als Meuterer entpuppten.

Saarbrücker Polizei dankt Dr. Lie

Die Leiter und je ein Beamter der Saarbrücker Polizeireviere versammelten sich am 14. Februar abends, um dem scheidenden Polizeikommandanten von Saarbrücken, dem norwegischen Hauptmann Dr. Lie, als Abschiedsgeschenk ein silbernes Relief des Winterberges zu überreichen.

Hauptmann Lie hatte sich bei den ihm unterstellten Saarbrücker Polizeibeamten — naturgemäß mit Ausnahme der Emigranten — und bei der Saarländers Bevölkerung größter Achtung und Beliebtheit erfreut. Mit großer Geschicklichkeit und persönlichem Mut hat er sein schweres Amt ausgeübt. Sein entschlossenes Eingreifen in verschiedenen schwierigen Situationen wird hier unvergessen bleiben. Ihm war es besonders zu verdanken, daß es beim Empfang der Amerikadeutschen am 10. Januar in der Bahnhofstraße nicht zu schweren Ausschreitungen kam. Besonders verdient hat sich Hauptmann Lie durch sein Verhalten bei der Unterdrückung der Polizeirevolte am 15. Januar gemacht. Dr. Lie ist inzwischen in seine norwegische Heimat zurückgekehrt.

Woher die 150 000 Saarländer stammen

Im Elsaß-Lothringischen Pressedienst finden sich folgende Ausführungen:

In aller Welt frug man sich nach dem Saarplebiszit mit seinen verschwindend wenig französischen Stimmen, wie wohl Clemenceau 1919 in dem verhängnisvollen Brief an Wilson dazu gekommen sein möge, von „150 000 Menschen, die Franzosen sind“, zu sprechen, die „aus jener Gegend im Jahre 1918 Adressen an den Präsidenten Poincaré gerichtet“ hätten. Näheres ist nie über diese Unterschriften bekanntgegeben worden. Erst neuerdings war da und dort die Vermutung aufgetaucht, daß diese „Saarfranzosen“ vielleicht gar nicht aus dem später künstlich aus der Landkarte herausgeschnittenen „Saargebiet“ stammten, sondern vom Oberlauf der Saar, aus dem gleichfalls deutschsprachigen Teil des früheren reichsländischen Bezirks Lothringen, dem heutigen französischen Moseldépartement.

Es war dann im Herbst 1934 in einem deutschlothringischen Wochenblatte („Jung-Lothringen“) die Rede von einer geheimnisvollen Unterschriftensammlung in Lothringen 1919. Doch selbst im benachbarten Saargebiet blieb diese Neußerung unbeachtet.

Nun ist nachträglich auf diese Dinge helles Licht gefallen; es sind in Straßburger heimattreuen Blättern zwei Dokumente im Wortlaut mitgeteilt worden, die jene lothringischen Andeutungen vollauf bestätigen. Aus ihnen geht hervor, daß in Lothringen im April 1919 Unterschriften für eine Bittschrift an den Präsidenten der französischen Republik, an den Ministerpräsidenten und an die Präsidenten von Kammer und Senat gesammelt wurden, damit im Frie-

densvertrage „die deutsche Grenze auf der ganzen Stromlänge rechts des Rheines festgelegt werde.“ Dies sei eine Notwendigkeit sowohl für das Wohl Frankreichs als auch Lothringens, denn man wolle „kein Grenzland mehr“ sein. Der damalige, von Frankreich eingesetzte kommissarische Meßer Bürgermeister Prével hatte in einem Begleitschreiben empfohlen, durch die Gemeinbediener von Haus zu Haus Unterschriften zu sammeln, damit diese Rundgebung einen glänzenden Erfolg erreiche. Die Bittschrift war in französischer Sprache abgefaßt, so daß nur ganz wenige Unterzeichnete überhaupt wußten, was sie eigentlich unterschrieben. In Paris hat man vielleicht wirklich geglaubt, einem Appell aus dem späteren „Saargebiet“ gegenüberzustehen. Clemenceau selbst schrieb aber vorsichtshalber nur von Adressen „aus jener Gegend“.

Der Zaberner Abgeordnete Dahlet, in dessen „Neuer Zukunft“ (Nr. 4 — Woche vom 26. Januar bis 1. Februar) diese „Dokumente des Imperialismus“ zuerst im vollen Wortlaut mitgeteilt worden sind, bedauert es, daß gerade von Elsaß-Lothringen her Frankreich in seinen Lebensnerven bestärkt worden ist. Er erinnert aber an die damaligen Zeitumstände: „Die Maires gehorchten dienst-eifrig, um nicht in einen schlechten politischen Geruch zu kommen; die Gemeinderäte machten mit, um die Gemeinden nicht zu schädigen, und die Bürger unterschrieben, ohne die Tragweite zu kennen.“

Nach dem Ende der Illusionen wird man sicherlich auch in Frankreich erkannt haben, welch schlechten Dienst ihm

die übereifrigen Meher und sonstigen „Patrioten“ erwiesen, als sie es in das Saarabenteuer hineinmanövrierten.

St. „Neuer Zukunft“ haben die Dokumente folgenden Wortlaut (in Uebersetzung):

1. Die Bittschrift:

„Bittschrift der Einwohner der Gemeinde von
Herr Präsident der Republik usw.

Die Unterzeichneten, . . . an der Zahl, stimmen restlos der Abfassung der Bittschrift vom 9. April 1919 zu, welche Herr Victor Prével, Maire von Meh, Ihnen im Namen der Stadt Meh persönlich in Paris überreicht hat, und welche Sie beschwor, Ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, damit im Friedensvertrage, der mit Deutschland abgeschlossen werden soll, die deutsche Grenze auf der ganzen Stromlänge rechts des Rheins festgelegt werde, und damit wirtschaftlich, politisch und militärisch Deutschland endgültig jenseits des Rheines zurückgeworfen werde.

Es ist dies eine Hauptbedingung sowohl für das Heil Frankreichs wie auch das unseres Lothringens. Wir wollen kein Grenzland mehr sein und nicht mehr den schrecklichen Gefahren einer deutschen Invasion ausgesetzt sein, die nicht ausbleiben wird, wenn Deutschland von uns nicht durch eine solide, natürliche Grenze getrennt ist, die nur der Rhein sein kann.

Wir sind Franzosen, wir wollen Franzosen bleiben, und wir haben das Recht, von der Regierung der französischen Republik zu verlangen, daß sie uns gegen die deutsche Gefahr verteidige.

Wir zählen auf Ihre hohe Intervention und unterbreiten Ihnen, Herr Präsident, die Versicherung unserer unverbrüchlichen Anhänglichkeit an Frankreich.“

2. Der Begleitbrief des Bürgermeisters Prével (23. April 1919):

„Herr Maire! Ich habe die Ehre, Ihnen in der Anlage vier Exemplare der für den Präsidenten der Republik usw. bestimmten Bittschrift zuzustellen, welche den Rhein als zukünftige Grenze zwischen Frankreich und Deutschland reklamiert.

Ich habe selber den vier Präsidenten eine vom Meher Gemeinderat einstimmig angenommene, im gleichen Sinn gehaltene Bittschrift überbracht, in welcher die Gründe, welche zugunsten dieser Grenze sprechen, eingehend auseinandergesetzt

sind, und in welcher ich die Absendung einer Bittschrift aus allen Gemeinden Lothringens ankündigte.

Ich stelle Ihnen einliegend eine Kopie dieser Bittschrift zu, auf daß Sie davon Kenntnis nehmen und Ihren Mitbürgern davon Kenntnis geben können, damit sie die Bedeutung verstehen, die diese Frage für unser Land hat. Ich bitte Sie also, in Ihrer Gemeinde soviel Unterschriften als möglich von allen Ihren Gemeinderatsmitgliedern und von allen Einwohnern, Männern und Frauen vom 18. Lebensjahre an, zu sammeln.

Das Beste wäre, wenn der Gemeinbediener die Bittschrift von Haus zu Haus unterbreiten würde, um die Unterschriften zu sammeln. Wenn in Anbetracht der Bedeutung Ihrer Gemeinde dies nicht möglich sein sollte, müßten Exemplare davon in den hauptsächlichsten Stellen sowie in der Mairie Ihrer Gemeinde niedergelegt und die Einwohner eingeladen werden, sie unverzüglich zu unterschreiben. In diesem Falle werde ich Ihnen die Zahl von Exemplaren zuschicken, die Sie mir als notwendig für diese Deponierung angeben werden.

Unter allen Umständen muß diese Manifestation unverzüglich erfolgen, denn die Friedenspräliminarien sollen demnächst unterzeichnet werden, und wir dürfen nicht zu spät kommen. Es wäre also wünschenswert, daß die mit Unterschriften versehenen Petitionen mir innerhalb einer Frist von acht Tagen zurückgeschickt werden. Wenn der für die Unterschriften vorgesehene Raum für Ihre Gemeinde nicht ausreichen sollte, so könnten Sie ein weißes Blatt hinzufügen, auf welchem man fortfahren würde zu unterschreiben.

Ich zähle auf Ihre patriotische Ergebenheit, damit diese Manifestation einen glänzenden Erfolg erhalte . . .“

Für die „Saar-Freund“-Leser wird mit diesen Veröffentlichungen auch nichts Neues mitgeteilt. Schon vor Jahren veröffentlichten wir eine Abhandlung unseres treuen Mitkämpfers Rechtsanwalt Dr. Giersberg, die die Zusammenhänge über die Entstehung der Saarländischen Clemenceaus auf Grund des von dem Leiter der Geschäftsstelle „Saarverein“, Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin, fleißig gesammelten Materials offenlegte. Diese Veröffentlichung findet jetzt durch die obigen Ausführungen ihre dokumentarische Bestätigung.

Die Rückgliederung

Gauleiter Bürdel: Rückgliederungskommissar

Deutsch-französische Verständigung über die Rückgliederungsmodalitäten

Ämtlich wird unterm 11. Februar mitgeteilt:

Der Führer und Reichskanzler hat den Gauleiter Joseph Bürdel zum Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes bestellt.

Am 18. Februar hat in Neapel die Unterzeichnung der Abkommen über die Rückgliederung des Saargebietes an das Reich in Gegenwart des Vorsitzenden des Dreierausschusses, Baron Aloisi, stattgefunden.

Nach der feierlichen Unterzeichnung der Schlußvereinbarungen begaben sich die Botschafter Deutschlands und Frankreichs in Begleitung der beiden Delegationen und der Mitglieder des Dreierkomitees auf Einladung des Vorsitzenden, Baron Aloisi, nach Capri zu einem gemeinsamen Frühstück.

Bei diesem wichtigen Schlußakt handelt es sich vor allem noch um die Unterzeichnung folgender Vereinbarungen:

1. Das Hauptabkommen zwischen Deutschland und Frankreich über die Uebertragung des Eigentums des französischen Staates an den Saargruben und Eisenbahnen auf Deutschland und die Entrichtung der Pauschalsumme von 900 Millionen französischer Franken an Frankreich. Zur Bezahlung dieser Summe werden die fremden Zahlungsmittel, deren Umtausch gegen Reichsmark morgen im Saarland beginnt, und vor allem die Kohlenlieferungen aus den Staatsgruben herangezogen. Für die hierfür erforderliche Rechnungsführung hat die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ihre Mitarbeit zur Verfügung gestellt.

2. Ein deutsch-französisches Abkommen über die Sozialversicherung.

3. Ein deutsch-französisches Abkommen, in dem die Bedingungen für die Weiterarbeit oder die Liquidierung französischer

Privat-Versicherungsgesellschaften im Saarland festgelegt werden.

4. Die weitere Ausbeutung der Warndtgruben durch französische Privatgesellschaften. Die Privatverträge sind heute in Saarbrücken mit den Pächtern abgeschlossen worden. Diese Frage bildete auch den Gegenstand der Regierungsverhandlungen. Außer einer schon in Basel erfolgten Verständigung über die Weiterbeschäftigung der deutschen Bergarbeiter auf französischem Hoheitsgebiet wurde auch eine Vereinbarung getroffen, Baron Aloisi als Schiedsrichter über die Auslegung einer Bestimmung des römischen Abkommens vom 3. Dezember v. J. zu bestellen, um das Ausmaß der zulässigen Kohlenausbeute näher zu begrenzen.

5. Eine Abrede der deutschen Regierung mit der Regierungskommission des Saargebietes über den Uebergang der Verwaltung im Saarland auf die deutschen Behörden.

Am 18. Februar fiel die Zollgrenze

Das deutsch-französische Zollabkommen über die Zusammenlegung der Zollgrenze mit der politischen Grenze des Saargebietes ist am 11. Februar im italienischen Außenministerium von den Botschaftern Deutschlands und Frankreichs unterzeichnet worden. Die Aenderung der Zollhoheit trat um Mitternacht zum 18. Februar in Kraft.

Wieder deutsche Währung im Saargebiet

Die am 11. Februar stattgefundene Verwaltungsrats-sitzung der WZ. ratifizierte die zwischen der WZ., der Reichsbank und der Bank von Frankreich im Rahmen der

Baseler Saarverhandlungen getroffenen Vereinbarungen über die Mitwirkung der BZ. bei der Umstellung auf die deutsche Währung im Saargebiet und bei der Verbuchung des Kohlenlieferungsgegeschäfts. In Ausführung dieser Abmachungen werden bei der BZ. eine Anzahl Konten errichtet werden.

Die deutsche und die französische Regierung haben vereinbart, daß das Saarland mit Beginn des 18. Februar 1935 wieder als Bestandteil des deutschen Zollgebietes unter die deutsche Zollhoheit tritt. Mit diesem Zeitpunkt wird von den deutschen Zollbehörden an der saarländisch-französischen Grenze bei der Einfuhr von Waren auch die Vorlage einer Devisenbescheinigung der Ueberwachungsstelle verlangt werden. Die Devisenbescheinigungen können für sämtliche Zahlungen erteilt werden, die nach dem 17. Februar 1935 geleistet werden sollen, auch wenn die Ware schon vor diesem Zeitpunkt nach dem Saarland oder dem übrigen Deutschland eingeführt worden ist. Soweit für die Einfuhr aus bestimmten Ländern, mit denen Verrechnungsabkommen bestehen, für die Erteilung der Devisenbescheinigungen monatliche Höchstgrenzen festgesetzt sind, müssen die an Saarländer erteilten Devisenbescheinigungen auf diese Höchstgrenzen angerechnet werden. Das gleiche gilt bei Erteilung von Devisenbescheinigungen für englische Waren. Die Zuteilung erfolgt nach Maßgabe der von den einzelnen Firmen (in den Jahren 1932 auf 1934) getätigten Einfuhrgeschäfte, worüber die Handelskammer in Saarbrücken Bescheinigungen auszustellen hat. Firmen, die eine solche Bescheinigung der Handelskammer Saarbrücken beibringen, sind den inländischen Firmen gleichzustellen, die den Nachweis über den Besitz früherer Devisengenehmigungen führen. Mit Wirkung ab 18. Februar 1935 gelten die deutschen Devisenbestimmungen über die Erteilung von Devisenbescheinigungen für Nebenkunden bei der Wareneinfuhr und über die Genehmigung von privaten Verrechnungsgegeschäften auch für das Saarland. Die besonderen Vorschriften über Wareneinfuhr aus dem Saargebiet werden aufgehoben.

Die neue Zollgrenze

Zur mitternächtlichen Stunde ist am 18. Februar die neue französisch-saarländische Zollgrenze errichtet worden. 500 deutsche Zollbeamte treten an zahlreichen Grenzstellen nach Frankreich ihren Dienst an. Auf der Straße von Saarbrücken nach Metz herrschte in der fraglichen Nacht ein ungewöhnlich reger Betrieb. Tausende waren hinausgeströmt, um Zeugen zu sein, wie die Grenzstelle an der Goldenen Bremm ihrer Bestimmung übergeben wurde. Die Deutsche Front hatte einen eindrucksvollen Fackelzug veranstaltet, dem sich unzählige Schaulustige angeschlossen hatten. Vor dem vorläufigen Zollhaus, das einstweilen noch aus einer einfachen Bretterbude besteht, hatten sich zahlreiche Zollbeamte versammelt, die an dieser wichtigsten und verkehrsreichsten Grenzstelle Dienst tun sollen.

Als Vertreter der Reichsregierung übergab Geheimrat Waffenhensch vom Reichsfinanzministerium punkt 12 Uhr feierlich die neue Zollstelle ihrer Bestimmung. Unter begeistelter Zustimmung der Menge wurden die Fahnen des neuen Deutschland gehißt und daraufhin spontan das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied gesungen. Sodann sprach der Reichsfachschaftsleiter der deutschen Zollbeamten, Mehling, zu seinen Berufskameraden, um ihnen Glück zum Beginn ihrer schweren und verantwortungsreichen neuen Tätigkeit zu wünschen. Er erinnerte daran, daß dieser feierliche Akt der Einrichtung deutscher Zollstellen an der saarländisch-französischen Grenze nur dem tapferen Aushalten der Saarbevölkerung zu verdanken sei. Sodann gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die deutschen Zollbeamten in gutem Einvernehmen mit ihren französischen Kollegen ihr Amt versehen würden, und schloß mit einem dreifachen Sieg-Heil auf Deutschland und seinen Führer Adolf Hitler.

Etwa 100 Meter weiter waren die französischen Grenzposten aufgezoogen, in deren Begleitung sich Garde Mobile befand. Unablässig erging sich die Menge zwischen den beiden Zollstationen, um interessiert zuzuschauen, als die ersten Autos die neue Zollgrenze passierten und sofort von den Beamten genau untersucht wurden. Erst langsam verzog sich die Menge und trat nach diesem historischen mitternächtlichen Augenblick den Heimweg nach Saarbrücken an.

Sämtliche Saargruben fiktalisch

Gegenüber Gerüchten, als wenn Teile der Saargruben in Privatbesitz übergingen, wird von der künftigen deutschen Saargrubenverwaltung darauf hingewiesen, daß diese Ge-

rüchte in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Vielmehr würden die gesamten Saargruben restlos und dauernd Reichsbesitz bleiben.

Seit einigen Tagen hat bei den Saargruben ein regelrechter Ausverkauf eingesetzt. Der Wirtschaftsberater der Deutschen Front wies in einem Aufruf darauf hin, daß dieses Verhalten der französischen Grubenverwaltung den römischen Abmachungen widerspreche. Jeder Saardeutsche, der sich an diesem Ausverkauf beteiligt, wird damit zu rechnen haben, daß er sich wegen dieser offensichtlich Schädigung des Reiches zu verantworten haben werde.

Gewisse Leute glauben, jetzt schnell noch dadurch ein Geschäft machen zu können, daß sie Neugründungen wirtschaftlicher Art im Saargebiet vornehmen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß nach der Rückgliederung damit zu rechnen ist, daß die Neugründung und Errichtung von gewerblichen Betrieben im Saargebiet genehmigungspflichtig gemacht wird. Wer in der Zwischenzeit noch schnell solche Neugründungen vornimmt, läuft daher Gefahr, erhebliche Verluste zu erleiden.

Wiedereinstellung

der verdrängten deutschen Saargrubenarbeiter

Der Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes, Büchel, teilt mit, daß mit der Rückgliederung im Saarbergbau selbstverständlich in erster Linie die vorhandenen deutschen Saargruben-Beamten, -Angestellten und -Arbeiter Verwendung finden. Zu diesem Personenzirkel gehören vor allem auch die von der französischen Bergwerksdirektion aus politischen Gründen entlassenen oder verdrängten Saargrubenbeamten, -Angestellten und -Arbeiter.

Neues Wirtschaftsgebiet Saarland-Pfalz

Der Reichsarbeitsminister hat in der Neunten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit bestimmt, daß mit dem Tage der Rückgliederung des Saarlandes in das Reichsgebiet aus dem Saarland und dem bayerischen Landesteil Pfalz das Wirtschaftsgebiet des Treuhänders der Arbeit Saarland-Pfalz gebildet wird. Mit dem gleichen Tage scheidet der bayerische Landesteil Pfalz aus dem Wirtschaftsgebiet des Treuhänders der Arbeit Bayern aus. Als Sitz des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Saarland-Pfalz wird Saarbrücken bestimmt.

Die Umbildung

von Versorgungsbehörden im Saarland

Reichsarbeitsminister Selbte erließ im Reichsanzeiger folgende Bekanntmachung:

1. Mit Wirkung vom 1. März 1935 ab wird das Hauptversorgungsamt Saarbrücken aufgelöst und sein Bezirk (Versorgungsämter Neunkirchen, Saarbrücken und Saarlouis) dem des Hauptversorgungsamts Rheinland zugelegt.

2. Mit Ablauf des 31. März 1935 werden die Versorgungsämter Neunkirchen, Saarbrücken und Saarlouis aufgelöst. Mit Wirkung vom 1. April 1935 ab wird für das Saarland ein Versorgungsamt mit dem Amtssitz in Saarbrücken neu errichtet. Dem Bezirk des Versorgungsamts Saarbrücken werden in Rentenversorgungsangelegenheiten zugelegt:

Bezirk Homburg, Bezirk Sankt Ingbert, Kreis Merzig, Kreis Ottweiler, Stadtkreis Saarbrücken, Landkreis Saarbrücken, Kreis Saarlouis, Kreis Sankt Wendel.

3. Vom gleichen Zeitpunkt ab werden dem Versorgungsamt Saarbrücken die Aufgaben zugewiesen, die bisher das Versorgungsamt Trier auf Grund besonderer Anordnung für Rentenversorgungsbererechtigte im Saarland erledigt hat; ferner übernimmt es vom Versorgungsamt Karlsruhe die Angelegenheiten der reichsdeutschen Rentenversorgungsberchtigten in Frankreich. Die Uebernahme der bisher vom Versorgungsamt Karlsruhe wahrgenommenen Sonderaufgaben für ehemals reichsangehörige Rentenversorgungsberchtigten mit französischer Staatsangehörigkeit wird durch weiteren Erlaß geregelt.

4. Die bisherige Zuständigkeit des Versorgungsamts Koblenz für die Ruhegeld- usw. Empfänger im Saarland und für die Ruhegeld- usw. Empfänger von Uebergangsgeblühnissen sowie für die Rentenversorgungsberchtigten der neuen Wehrmacht — Heer und Marine — im Saarland bleibt unverändert.

5. Mit Wirkung vom 1. April 1935 ab wird für die orthopädische Versorgung der Beschädigten im Saarland eine Ortho-

pädische Versorgungsstelle mit dem Amtssitz in Saarbrücken neu errichtet.

Dem Bezirk der Orthopädischen Versorgungsstelle Saarbrücken werden zugelegt:

der Bezirk des Versorgungsamts Saarbrücken und die reichsdeutschen Versorgungsberechtigten in Frankreich; letztere unter Abtrennung vom Bezirk der Orthopädischen Versorgungsstelle Karlsruhe.

Die Lebenshaltungskosten im Saarland

Nach dem Fall der deutsch-saarländischen und der Errichtung der deutsch-französischen Zollgrenze sind, wie DNB. meldet, besondere Maßnahmen zur reibungslosen Durchführung der Lebensmittellieferung erforderlich geworden. Zum Schutze der saarländischen Wirtschaft wurden zunächst Verkauf und Belieferung des saarländischen Marktes durch außer-saarländische Firmen unter Überwachung gestellt, durch die „Anordnung über Vertreterausweise“ (vom 13. Februar 1935). Weitere Maßnahmen, insbesondere zum Schutze des Groß- und Einzelhandels, stehen bevor durch eine Verordnung, die bestimmt, daß „außer-saarländischen“ Firmen die Errichtung von Verkaufsstellen untersagt wird. Dadurch wird den saarländischen Unternehmen sowie dem saarländischen Markte pfleglichste Behandlung zuteil. In gleicher Weise wurde auch die pflegliche Behandlung der Verbraucherschicht sichergestellt. Bei den Besprechungen mit den Fachgruppen der Erzeugung wie des Groß- und Einzelhandels lebenswichtiger Güter kam anerkanntermaßen der Geist deutscher Volksgemeinschaft aller Beteiligten zum Ausdruck, die sich verpflichteten, die Lebenshaltungskosten der Saarbevölkerung zunächst nicht zu verändern.

Zur Sicherung dieser Vereinbarungen ergeht folgende Anordnung:

Die bisherigen handelsüblichen Lebens- und Genussmittelpreise (auch für Tabakwaren und Bier) dürfen bis auf weiteres nicht erhöht werden. Als Stichtag für die handelsübliche Preisbemessung gilt der 1. Februar 1935.

Die Umrechnung von Francs in Reichsmarkwährung hat zu dem von der Reichsbank festgesetzten Kurs von 1 RM. gleich 6,079 Francs zu erfolgen.

Gewisse Warengattungen aus dem Saarland dürfen bis auf weiteres außerhalb des Saarlandes nicht verkauft werden. (Waren, die nicht zu den nachbenannten Gattungen gehören und bisher schon regelmäßig Absatz außerhalb des Saargebietes hatten, werden von dieser Anordnung nicht betroffen.) Waren, die nicht nach außerhalb verkauft werden dürfen, sind: Getreide, Mehl, Brot, Futtermittel, Schmalz, Margarine, Pflanzenfette, Speiseöle, Zucker, Tabakwaren und Bier. Zuwiderhandlungen werden auf Grund einer Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung mit Gefängnis und mit Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Gegen Spekulanten und wilde Geschäftemacher

Der Leiter der Abteilung Wirtschaft im Büro des Saarbevollmächtigten, Bösing, veröffentlichte in der Saarpresse einen aufschlußreichen Artikel über die wirtschaftliche Rückgliederung des Saarlandes, der sich zunächst scharf gegen die Bestrebungen gewisser deutscher Firmen richtet, jetzt Geschäftsverbindungen im Saargebiet anzuknüpfen, um vermehrten Absatz und größeren Gewinn für die einzelnen Firmen zu erreichen. Der Artikel stellt fest, daß die Grenzfrage des Saargebietes und die Frage der Saarabstimmung eine Charakterfrage war. Es müsse ohne weiteres erwartet werden, daß auch bei der Frage der wirtschaftlichen Eingliederung die Charakterfrage zugrundegelegt und deshalb das Wohl der Gemeinschaft über alle die Bestrebungen gesetzt werde, die auf Kosten einer organischen Eingliederung Sondergewinne für irgendein Einzelmitglied des Volkes einheimen wollen. Von diesem Gesichtspunkt aus könne und werde nicht zugelassen werden, daß die saarländische Wirtschaft dem gegenwärtigen geschäftlichen Ansturm ausgeliefert wird und ihm unterliegt. Es müsse von Seiten der deutschen Firmen die größtmögliche Zurückhaltung erwartet werden, einerseits um die organische Rückgliederung nicht zu gefährden, andererseits aber auch, um sich Unkosten und Enttäuschungen zu ersparen, die unausbleiblich seien, wenn man die Unzahl der Verbindungen, die jetzt anzuknüpfen versucht werden, mit der Bevölkerungsziffer und dem sich daraus ergebenden Bedarf des Saarlandes vergleicht. An-

spruch auf Wahrung seiner Interessen habe in erster Linie das Saargebiet selbst. All die Industriezweige, die früher der saarländischen Wirtschaft das Gepräge gaben, ebenso wie die in der Zeit der Abschürfung neu entstandenen Industrien müßten das unbedingte Vertrauen besitzen können, daß ihnen die Existenzfähigkeit erhalten und garantiert bleibe. Der Absatzmarkt, der durch die Rückgliederung des Saargebietes Deutschland zufalle, sei nicht dazu geeignet, zum Tummelplatz der Interessen so zahlreicher Firmen gemacht zu werden, wie es jetzt den Anschein besitzt. Es müsse von der gesamten deutschen Wirtschaft die größte Zurückhaltung, die größte Disziplin verlangt werden, damit nicht der Eindruck entstehen könne, als hätte ein Teil der deutschen Wirtschaft bei der Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland versagt. So sehr eine Ueberschwemmung des Saarlandes im saarländischen Interesse verhütet werden wird, so sehr wäre es zu begrüßen, wenn dieser Appell an die deutschen Wirtschaftskreise, die sich für die Saar wirtschaftlich interessieren wollen, genügen würde, um alle Handlungen von einem größeren Interesse aus zu bestimmen als dem des persönlichen Gewinns.

Die Regelung des Beamtenverhältnisses an der Saar

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht das vom Führer und Reichkanzler, vom Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath und vom Reichsfinanzminister Grafen Schwerin von Krosigk für den Reichsinnenminister unterzeichnete Gesetz über die Abrede zwischen der deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes über Beamtenfragen.

In diesem Gesetz wird der am 31. Januar d. J. in Berlin und Saarbrücken von Vertretern der deutschen Regierung und Regierungskommission des Saargebietes unterzeichneten Abrede zur Sicherstellung der Rechte der Beamten der Regierungskommission des Saargebietes zugestimmt. Die Abrede trat am 11. Februar dieses Jahres in Kraft.

Im einzelnen sieht die Abrede u. a. vor:

Die deutsche Regierung wird die von der Regierungskommission des Saargebietes ernannten Beamten deutscher Staatsangehörigkeit soweit sie nicht auf Grund des Baden-Badener Abkommens vom 21. Dezember 1925 in den Dienst ihrer Heimatverwaltungen zurückgetreten oder soweit sie nicht einen Pécule-Vertrag (Pensionsabfindungsvertrag) abgeschlossen haben, grundsätzlich übernehmen. Vorbehalten bleibt, Beamte dieser Art im Einzelfall nicht zu übernehmen. Dies ist der Regierungskommission spätestens am 23. Februar mitzuteilen. Beamte, die aus achtenswerten persönlichen Gründen bis 23. Februar den Wunsch äußern, das Beamtenverhältnis nicht fortzusetzen, können ohne Rücksicht auf ihre Dienstfähigkeit ihre Veretzung in den Ruhestand beantragen. Ueber diese Anträge entscheidet eine aus je drei von der deutschen Regierung und von der Regierungskommission entsandten Mitgliedern bestehende Kommission.

Die deutsche Regierung erkennt die von der Regierungskommission ausgesprochenen Beförderungen an.

Die Besoldung erfolgt vom 1. März 1935 an nach den deutschen Besoldungsvorschriften.

Die Regierungskommission wird Beamte nicht-deutscher Staatsangehörigkeit mit Wirkung vom 1. März 1935 an in den Ruhestand versetzen und den in Betracht kommenden Heimatländern vorschlagen, die Zahlung des Ruhegehaltes zu übernehmen.

Die deutsche Regierung übernimmt die Pensionen der von der Regierungskommission in den Ruhestand versetzten Beamten deutscher Staatsangehörigkeit, sowie die Zahlung der Hinterbliebenenbezüge.

Die deutsche Regierung wird wegen der von den Beamten innerhalb oder außerhalb des Dienstes während des durch den Vertrag von Versailles für das Saargebiet geschaffenen besonderen Regimes begangenen Handlungen dienststrafrechtliche Maßnahmen nicht treffen, es sei denn, daß der Tatbestand des Dienstvergehens zu einer strafrechtlichen Verurteilung geführt hat.

Ein besonderer Abschnitt der Abrede beschäftigt sich dann im einzelnen mit denjenigen Fällen, in denen der bereits erwähnte Pécule-Vertrag abgeschlossen worden ist. Den Beamten deutscher Staatsangehörigkeit, die einen solchen Vertrag abgeschlossen haben, erhalten das Pécule, d. h. die für sie vorgesehene Pen-

stionsabfindung bei dem Fall ihrer Uebernahme angerechnet. Werden sie nicht übernommen, so gelten sie durch das Pécule als abgefunden. Zum Schluß wird die entsprechende Anwendung der Bestimmungen der Abrede auf die mittelbaren Beamten der Regierungskommission festgelegt.

Die Saarbahn wieder Reichsbahn!

Am 18. Februar 1935 wurde gleichzeitig mit der Verschiebung der Zollgrenze ein neuer Eisenbahnfahrplan eingeführt, in dem die langen Aufenthalte an der deutschen Grenze beseitigt und neue Zollaufenthalte beiderseits der französischen Grenze hergestellt werden. Dieser neue Fahrplan bringt zahlreiche Verbesserungen. Besonders für den Berufsverkehr von weiterher werden die Reisezeiten wesentlich verkürzt. Arbeiter aus dem Hunsrückgebiet brauchen erst fast eine halbe Stunde später von Haus wegzufahren und können ebensoviel früher zurückkehren. Im Fernverkehr werden fast alle Reisezeiten um 12 bis 20 Minuten abgekürzt. Schnell- und Eilzüge fahren später von Saarbrücken ab und kommen auf der Rückfahrt aus dem Reich entsprechend früher an. Neue Anschlüsse in Saarbrücken werden gewonnen.

Durch Früherlegung des D 194 Saarbrücken—Ludwigshafen um etwa 26 Minuten auf 20.34 Uhr wird ein neuer Anschluß in

Mannheim mit Schlafwagen nach Berlin erreicht. Bei gleicher Ankunftszeit in Berlin wird die Reisezeit gegen heute um mehr als zwei Stunden gekürzt. In umgekehrter Richtung soll baldigst eine gleich gute Nachtverbindung mit bedeutend früherer Ankunft in Saarbrücken geschaffen werden. Auf den Strecken nach Forbach und Saargemünd bleibt der bisherige Fahrplan im großen und ganzen bestehen. Aus Richtung Forbach findet die Zollabfertigung in Saarbrücken statt, desgleichen bei den Schnellzügen aus Richtung Saargemünd. Die Personenzüge dieser Strecken erhalten Zollaufenthalte in Hanweiler.

Auf den bisher von Elsaß-Lothringen betriebenen Strecken Dillingen—Meh, Böllingen—Diedenhausen und Merzig—Waldwiese soll ebenfalls, aber erst am 1. März, ein vollständig neuer Fahrplan in Kraft treten. Der Durchgangsverkehr wird auf einige wenige Züge beschränkt. Dagegen wird bis zu den letzten beiden deutschen Grenzstationen Kerprich—Hemmersdorf und Ueberherrn eine große Anzahl neuer Züge eingelegt, die besonders für den Berufsverkehr bestimmt sind.

Rechtzeitig vor Inkrafttreten der Fahrplanänderungen wird ein Ergänzungsblatt zum Taschensfahrplan der Reichsbahndirektion Trier herausgegeben, das die Änderungen auf den betreffenden Strecken enthält.

Des Saarlofts Leiden in der Besatzungszeit

Von Saarabicus

(16. Fortsetzung, siehe auch Nr. 10—28 des „Saarfreund“)

Einheitsfront zur Abwehr des Frankendiktats.

Die katastrophalen Auswirkungen, die die Einführung des Frankenumlaufs auf das gesamte Wirtschaftsleben des Saargebiets gehabt hatte, weckten in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 zunehmende Entrüstung und schufen endlich mit geringen Ausnahmen auf Seiten der „Unabhängigen“ und Kommunisten eine Einheitsfront zur Abwehr der diktatorischen und das Saarwirtschaftsleben ruinierenden Maßnahmen der Saarregierung.

Der Einspruch der Stadt Saarbrücken.

Von den mannigfachen Rundgebungen jener Zeit sei eine mächtige Einspruchsrundgebung der Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken im Herbst 1921 erwähnt. In einer Erklärung wurde der Antrag der Saarregierung mit allen gegen zwei Stimmen der „Unabhängigen“ (Franken-Befürworter Richtung) abgelehnt. In der Begründung des Einspruchs hieß es u. a.:

„In einem Lande können nicht zwei gleichberechtigte selbständige Währungen mit stark schwankenden Wertverhältnissen nebeneinander bestehen, ohne daß die wirtschaftliche Struktur des Landes zurückgeht.“

Die Frankenlöhnung hat die Bevölkerung, soweit sie fest besoldet ist, in zwei Schichten gespalten. Die eine, frankenempfangende Schicht ist gegenüber der markempfangenden privilegiert. Infolgedessen leiden zur Zeit große Teile der markverdienenden Bevölkerung Not. Schuld hieran trägt die teilweise Einführung der Frankenlöhnung.

Die Frankenlöhnung hat preisvertuernd gewirkt, einmal durch Erhöhung der Kaufkraft der privilegierten Schicht und das andere Mal durch Erhöhung der Produktions- und Verwaltungskosten des Bergbaues, der Industrie und des Verkehrs. ... Hierdurch ist das Saargebiet auf dem deutschen Markt, welcher sein bisheriges Absatzgebiet war, konkurrenzunfähig geworden, ohne daß es gelang, andere gleichwertige Absatzgebiete zu erschließen. Je weiter die Frankenbesoldung unter den gegenwärtigen Verhältnissen um sich greift, desto teurer wird die Lebenshaltung, zugleich aber auch desto größer die Arbeitslosigkeit.

Bei der Frage der Frankenbesoldung der kommunalen Beamten usw. muß daher die Wirkung auf die wirtschaftliche Lage des Saargebietes ins Auge gefaßt werden. Diese Wirkung ist katastrophal. Die nächste Folge wird die voraussichtliche „Einführung der Steuerzahlung in Franken sein...“ Durch Einführung der Frankenwährung sät die Bevölkerung den Aß ab, auf dem sie sitzt.

Wir vermögen daher die Verantwortung für die derzeitige weitere Ausdehnung der Frankenwährung im Saar-

gebiet durch Einführung der Frankenbesoldung der städtischen Angestellten nicht zu übernehmen.“

In einer Rundgebung in Homburg zum gleichen Thema sagte der Gewerkschaftssekretär Schroer in kennzeichnender Weise:

„Der Franken ist unser gemeinsamer Feind.“

Und der Gewerkschaftssekretär Vogt bekannte: „Wir hassen und verdammen den Franken, bis er uns aufgezwungen wird.“

In schwere Gewissenskonflikte kamen die Gemeindevetreter der Gemeinde und Bürgermeisterei Neunkirchen. Sie standen unter dem Druck einer am 14. Sept. 1921 zwischen Vertretern ihrer Bürgermeisterei und der Saarregierung stattgehabten Besprechung, in deren Verlauf der „Kabinettsdirektor“ Delsau und der Oberregierungsrat Kuchenbeker als Vertreter der Saarregierung die größte Mühe aufwendeten, die Bürgermeister und Landräte von der „Notwendigkeit“ der erweiterten Einführung der Frankenwährung zu überzeugen und dabei mit der Erklärung krebsten gingen, die „Mehrzahl“ der Gemeinden hätte die Regierungsvorlage bereits angenommen. Das war eine Lüge. Denn tatsächlich hatten sich in jenem Zeitpunkt erst 4 Gemeinden für die Frankenwährung erklärt. Erst später kamen sechs weitere hinzu. Eine mutige Sprache bei diesen Besprechungen und Rundgebungen führte insbesondere der protest. Pfarrer Becker, der auch sonst als tapferer und aufrechter deutscher Mann bekannt ist. Er wies vor allem auf die schweren wirtschaftlichen Folgen der erweiterten Frankenwährung hin und sagte voraus, daß „einzelne Berufsgruppen in jammervolles Elend und in bitterste Not geraten würden.“

Insgesamt lehnten 17 Gemeinden und Bürgermeistereien, unter ihnen die sechs größten Stadtgemeinden die Frankenzahlung ab, und nur zehn Gemeinden stimmten unter dem Druck des Regierungsultimatums zu. Außerdem erklärten sich gegen die Frankenzahlung die Gemeindebeamtenorganisation, eine Bürger-, eine Gewerbe- und eine Parteiversammlung. Die weitaus größte Mehrheit der Bevölkerung lehnte also die Frankenzahlung in den Gemeinden ab.

Eine Denkschrift des Saargebietes an den Völkerbund.

Angeichts der sturen Stellungnahme der Saarregierung blieb der Saarbevölkerung nichts anderes übrig, als mit

ihren Klagen und Beschwerden an den Völkerbund zu gehen, so gering vielleicht auch die Aussichten einer erneuten Vorsprache vor dieser internationalen Instanz sein mochten. Die Abordnung setzte sich aus Vertretern aller politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Unabhängigen, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern und aus Vertretern der Wirtschaftskreise zusammen, mithin aus allen Schichten und Ständen.

In der Denkschrift, die diese Abordnung in Genf vorlegte, wies sie eingangs auf die ungeheure wirtschaftliche Notlage des Saargebietes hin und bezeichnete dann als Hauptursache dieser Notlage die gegen den ausgesprochenen Willen der Bevölkerung erfolgte Einführung der Frankenwährung neben der Markwährung. Unabhängig von der allgemeinen Weltkrise sei dadurch im Saargebiet eine schwere Krise eingetreten.

Nachdem die Folgen im einzelnen geschildert waren, fuhr die Denkschrift fort: Die Saardelegation hat gemäß dem Saarstatut zunächst die Regierungskommission mit ihren Beschwerden und Klagen befaßt und sie gebeten, diese Denkschrift an den Völkerbund weiterzuleiten. Diesem Verlangen aber sei die Saarregierung nicht nachgekommen und habe damit ihre wahre Gesinnung offenbart.

Diese Darlegungen haben, wie die Tagespresse jener Tage schrieb, auf die Mitglieder des Völkerbundes tiefen Eindruck gemacht. Vor allem schien man in den Kreisen des Völkerbundes auf Grund der Erläuterungen der Saarvertreter und der Angaben der von ihnen überreichten Denkschrift zu der Ueberzeugung zu kommen, daß man durch die gefährten Berichte der Regierungskommission des Saargebietes bisher über die tatsächliche Lage an der Saar vollständig irreführt wurde. Auch das Sekretariat des Völkerbundes zeigte Interesse für die Saarangelegenheit, u. a. durch mehrmalige Entgegennahme eines Vortrages.

Die Saarregierung sabotiert in Genf.

Die Regierungskommission in Saarbrücken bekam inzwischen Wind von den Erfolgen der Saarabordnung in Genf. Nun erst entschloß sie sich, dem Völkerbund die Denkschrift der Saarbevölkerung offiziell zu überreichen, konnte sich aber nicht enthalten, dem Memorandum eine eigene Darstellung hinzuzufügen, in welcher sie u. a. die unwahre Behauptung aufstellte, die Saarabordnung sei von der Bevölkerung des Saargebietes gar nicht beauftragt, den Schritt beim Völkerbund zu unternehmen.

Eine ähnliche Irreführung der Öffentlichkeit leistete sich der „Neue Saarkurier“, das Franzosenblatt im Saargebiet, der sich sogar erlaubte, zu behaupten, ein Telegramm, das drei außenstehende Arbeiterführer nach Genf gesandt hatten und das gegen die Anwesenheit der Saarabordnung in Genf protestierte, spreche im Namen von 400 000 Saararbeitern und ihren Angehörigen. Die Saarabordnung wies solche Unterstellungen nachdrücklich zurück und fügte hinzu, daß sie leider nicht mehr den bereits bestehenden Zustand der Krankenentlohnung auf den Gruben und Werken ändern könne, daß sie aber um so mehr die Verfügung der Saarregierung über die Einführung des Franken bei den Kommunalverwaltungen bekämpfe.

Inzwischen hekten die französischen Kreise weiter, der „Neue Saarkurier“ gab sogar Flugblätter aus, in welchen im Namen der drei vorhin erwähnten „Arbeiterführer“ zum Streit aufgerufen wurde. Der Schritt war aber ein Schlag ins Wasser. Eine von kommunistischer Seite einberufene Kundgebung dauerte nur eine halbe Stunde und mußte abgebrochen werden, weil man die Redner der Frankenforderung niederschrie, so daß nicht einmal über die mitgebrachte Entschließung abgestimmt werden konnte. Ein Photograph, der Aufnahmen für die französischen Blätter gemacht hatte, wurde von der Menge verprügelt und seine Platten zerschlagen. Das war die wahre Stimmung des Saarlandes. Gleichzeitig wurde eine Gegendemonstration der Markanhänger auf Befehl des französischen Polizeidirektors durch Polizeimannschaften mit Gewalt unterdrückt und auseinandergetrieben.

Einige Wochen später wurde bekannt, daß das kanadische Mitglied der Saarregierung Wagh sich gegenüber einem Vertreter der katholischen Arbeiterschaft des Saargebietes

gegen alle Zwangsmaßnahmen zur Einführung des Franken erklärt hatte. Das erwies aufs neue, daß die Zwangsmaßnahmen allein von Frankreich ausgingen.

Soziale Fragen des Saargebietes.

Die Regierungskommission hatte sich gegen Ende des Jahres 1921 des öfteren mit sozialen Fragen zu beschäftigen, und dabei kam häufig ihre grundsätzlich unsoziale Einstellung zur Geltung.

Mit dem 1. Oktober 1921 waren die Versorgungsämter des Saargebietes, die bis dahin unter der Verwaltung des Reichs gestanden hatten, offiziell in die saarländische Verwaltung überführt. Die Renten wurden aber weiter vom Reich gezahlt. Mit dieser Umgliederung hatte die Saarregierung an sich auch die Verpflichtung übernommen, für die unter der Teuerung und Wirtschaftskrisis leidenden Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu sorgen; allein gerade auf diesem wichtigen Gebiete ließ die Saarregierung es am Nötigsten fehlen. Denn sie nahm diese Kreise aus der Zahl derjenigen aus, für die sie Wirtschaftsbeihilfen bereitstellte, vielleicht gerade deshalb, weil sie das Opfer ihrer Gesundheit für die Freiheit ihres Vaterlandes gebracht hatten. Sie mußte sich von der „Saarbrücker Landeszeitung“ sagen lassen, daß sie den allerbedürftigsten Teilen der Rentenempfänger, die zum größten Teil verschuldet, zum andern Teil erwerbsunfähig waren, die Rentenvorschüsse verweigerte. Auch für die Kriegsveteranen der Einigungskriege von 1866 und 1870/71 hatte die Saarregierung nicht einen roten Heller übrig. Hier war es die deutsche Reichsregierung, die die größte Not linderte, indem sie eine Spende von 200 000 Reichsmark für die Kriegsveteranen durch das Wohlfahrtsamt der Saarregierung zur Verfügung stellte.

Auch die Wohnungspolitik der Saarregierung

war Gegenstand heftigster Kritik. Es geschah in den ersten Jahren der Fremdherrschaft fast nichts, um die Bautätigkeit im Saargebiet zu beleben, namentlich um den Kleinwohnungsbau zu fördern, naturgemäß hielten auch die Rechtsunsicherheit und die wirtschaftliche Ungewißheit viele von den Beteiligten davon ab, an den Wohnungsbau heranzugehen. Die wirkliche Einstellung der Regierungskommission wurde durch einen Ausspruch des Präsidenten Kautz beleuchtet, des Inhalts: „Ich werde niemals dulden, daß die Deutschen die Mehrheit in dem großen Wohnungsausschuß erhalten, denn ich habe in erster Linie die Interessen der französischen Offiziere und Beamten zu vertreten.“ Es blieb den Baugenossen gar nichts übrig, als zur Selbsthilfe zu greifen und auf eigene Faust nach Maßgabe der beschränkten Mittel den Wohnungsbau in die Hand zu nehmen.

Die Tagegelber der Regierungskommission.

Dieselbe Regierungskommission, die für die sozialen Belange der Saarbevölkerung herzlich wenig übrig hatte, verstand es sehr wohl, für ihre eigenen Bedürfnisse zu sorgen. So wurde in einer Saalbauversammlung in Saarbrücken bekanntgemacht, daß die Regierungskommission für ihre Reise nach Berlin einen Betrag von 150 000 Reichsmark ausschließlich einer Nachtragsrechnung für einen Aufenthalt von 10 Tagen liquidiert hatte. Die Saarregierung beeilte sich zwar, die Feststellung des Stadtv. Schäfer zu „berichtigen“, indem sie behauptete, die Erklärung des Stadtv. Schäfer enthalte eine bedauerliche „Irreführung der öffentlichen Meinung“. In Wirklichkeit sei noch nicht ein Drittel der von dem Stadtv. Schäfer angeführten Summe in Markbeträgen liquidiert worden. Die Auslagen in Franken, die weiterhin beansprucht wurden, hätten rund 1370 Franken betragen. Die Saarpresse war boshaft genug, zu erklären, daß dann wohl der übrige Teil der von dem Stadtv. Schäfer festgestellten Summe von 150 000 Mark in Franken liquidiert worden wäre! („Saarfreund“, Jahrgang 1921, Nr. 20.)

Die Stimme des Saarvolks in der Frankenfrage.

Die wirklich unbeeinflusste Stimmung des Saarvolks in der Frankenfrage kam in zwei Riesensammlungen der Bevölkerung von Saarbrücken im Saalbau

und im Ludwigspark am 14. Oktober zum Ausdruck, Kundgebungen, die von der „Saarbrücker Zeitung“ als Weihenstunden bezeichnet wurden. Sie waren veranlaßt durch den Versuch gewisser Kreise, die Arbeiterschaft des Saargebietes zu Frankendemonstrationen zu mißbrauchen. Allen Verschleierungsversuchen trat hier ein einmütiges Volk entgegen. Nach einem Protest gegen die vielfachen Eingriffe in die Selbstverwaltung wurde zum Schluß in aller Deutlichkeit gesagt:

„An die gesamte Saarbevölkerung richten die Versammelten die Bitte, unter Zurückstellung von parteipolitischen Interessen eine geschlossene Front zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und nationalen Interessen zu bilden. Von dem Saargebietsvertreter in der Kommission erwarten wir, daß er sein Amt niederlegt, wenn er nicht die Kraft in sich fühlt, die Interessen des Saargebietes wirksam zu vertreten.“

Eine französische Zeitung verlangt Aufklärung über die gefälschte Saaradresse.

Ueber die gefälschte Saaradresse und ihre Vorgeschichte wurde, wie schon erwähnt, im „Saar-Freund“ verschiedentlich berichtet. Die französische Presse hatte bisher zu den deutschen Enthüllungen geschwiegen. Nunmehr rührte sich, und zwar unter dem 10. Oktober 1921 die „Lothringer Volkszeitung“, die zwar in deutscher Sprache erscheint, aber als ausgesprochen französisch-nationalistisches Organ anzusprechen ist. Sie schrieb unter diesem Datum zu dem genannten Punkt:

„Es wird deutscherseits behauptet, diese Adresse sei gefälscht. Da Frankreich es nicht notwendig hat, zu solchen Mitteln zu greifen, wäre es geboten, diesen Gerüchten auf den Grund zu gehen. Frankreich will das Saargebiet weder durch Zwang noch durch Betrug für sich gewinnen (?). Es ist nicht seine Gewohnheit, mit derartigen Mitteln zu arbeiten (?). Diese Geschichte von der gefälschten Saaradresse ist häßlich. Wenn an ihr etwas Wahres sein sollte, dann können nur Leute dahinter stehen, die aus falsch verstandenem Patriotismus heraus eine Irreführung der Pariser Staatsmänner fertiggebracht haben. Vor der Hand wollen wir abwarten, ob und was man von interessierter Seite dazu sagen wird.“

Die Hoffnung, daß sich jemand in Paris oder Saarbrücken (Major Richter) auf diese Anzapfung rühren werde, war natürlich vergeblich.

Der Rückgang des Saarbergbaues

wurde durch folgende Meldung gekennzeichnet: Auf den Saargruben wurden im Monat Oktober 1921 wegen Mangel an Absatz drei Feierschichten verfahren. Damit waren seit Anfang des Jahres 1921 bereits 25 Feierschichten auf den Saargruben zu verzeichnen. Die Saarbergleute hatten durch die Feierschichten schon einen ganzen Monat an Arbeitsverdienst verloren. Diese Tatsache mußte allmählich auch denen die Augen öffnen, die bisher nicht hatten sehen wollen, wohin der Frankenkurs führte. Dabei gingen nur geringe Mengen Saarkohle nach Frankreich. Von rund 800 000 Tonnen auf den Saargruben geförderter Kohlen wurden in dieser Zeit nur 268 000 Tonnen nach Frankreich ausgeführt. Angesichts dieser statistischen Zahlen mußte man sich fragen, zu welchem Zwecke sich Frankreich die Saargruben im Friedensvertrag hatte übereignen lassen, es sei denn zum Zwecke der wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands. („Saar-Freund“, 1921, Nr. 22.)

Nach der Währung die Schule.

Die Saarregierung aber schritt trotz aller Warnungen auf dem Wege der Französisierungspolitik fort. Nach der Währung kam jetzt die Schule an die Reihe. Am Ende des Jahres 1921 wurde bekannt, daß ab 1. April 1922 laut Verfügung der Regierungskommission der französische Unterricht in den saarländischen Volksschulen obligatorisch eingeführt werden sollte. Diese Verfügung stand in krassem Widerspruch zu dem Wortlaut des Saarstatuts, wo es in § 28 heißt, daß „die Bewohner des Saarbeckens unter der Ueberwachung des Regierungsausschusses ihre örtlichen Vertretungen, ihre religiösen Freiheiten, ihre Schule und ihre Sprache behalten“. Die Regierungskommission setzte sich also unbedenklich über eine Bestimmung des Friedensvertrages

hinweg. Angesichts dieser Verfügung wandte sich die Entzündung der Saarbevölkerung gegen den Leiter des saarländischen Unterrichtswesens, den dänischen Grafen Moltke-Huitfeldt. Die Saarpresse stellte bei diesem Anlaß fest, daß der genannte Herr rein französisch orientiert war, und daß seine Kenntnisse weniger auf dem Gebiete des Unterrichtes als auf dem der Pferdezucht lagen.

Die Kreistage des Saargebiets gegen die Saarregierung.

Gegen Ende des Jahres 1921 war die Stimmung im Saarlande gegen die famose Regierungskommission auf dem Höhepunkte angelangt. Man erinnerte sich des Versprechens der Regierungskommission in ihrer Antrittsproklamation, sich das Vertrauen der Saarbevölkerung erwerben zu wollen und für ihre Rechte und ihre Wohlfahrt einzutreten. Jetzt nach 21 Monaten „Regierungstätigkeit“ mußte man feststellen, daß alle die schönen Versprechungen auf dem Papier stehen geblieben waren. Dieser Stimmung der Bevölkerung gaben gegen Ende des Jahres 1921 fast alle Kreistage des Saargebiets drastischen Ausdruck. So faßte der Kreistag Saarbrücken folgenden Beschluß:

„Der Kreistag hat nach reiflicher Ueberlegung sich entschlossen, die vorgelegten Regierungsverordnungen und Gesetze nicht mehr zu begutachten. Dieser Beschluß findet seine Begründung in der politischen und wirtschaftlichen Handlungsweise der Regierungskommission. Diese hat seit ihrer Einsetzung nach Ansicht der Bevölkerung nur das eine Ziel, die Abtrennung des Saargebietes vom Mutterlande zu betreiben...“

Dann kam die Kardinalforderung auf grundsätzliche Aenderung der Zusammensetzung der Regierungskommission. Es hieß daher weiter:

„Der Kreistag ersucht die politischen Parteien und die beruflichen Vertreter der Arbeitnehmer, der Industrie und des Handels, beim Völkerbund dahingehend vorstellig zu werden, daß derselbe von dem verfassungsmäßigen Rechte des § 17 Abs. 2 der Anlage zu den Artikeln 45—50 des Versailler Vertrages Gebrauch macht und die jetzigen Mitglieder der Regierungskommission nach Ablauf der einjährigen Amtszeit abberuft und sie durch neue ersetzt... Der Präsident der Regierungskommission soll einem neutralen, am Saargebiet uninteressierten Mitgliedsstaate entnommen werden. Er soll der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Die Schaffung ruhiger wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse und die Wiederherstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen der Bevölkerung und der Vertreterin des Völkerbundes erheischt gebieterisch diese Maßnahme, denn die jetzige Regierungskommission des Saargebietes hat sich durch ihr bisheriges Verhalten jedwedes Vertrauen der Bevölkerung verscherzt.“

Der Kreistag Saarlouis faßte eine ähnliche Entschliebung und erhob gebieterisch die Forderung auf Schaffung eines Saarparlaments, er mißbilligte ferner entschieden die „durchsichtige Politik der Regierungskommission in der Frankenfrage“. Der Kreistag Ottweiler brachte zum Ausdruck, daß die bisherigen Gutachten der Kreistage nicht berücksichtigt worden seien, daß in wichtigen gesetzgeberischen Fragen die Kreistage überhaupt nicht gehört würden, das Gegenteil würde aber in den Berichten der Regierungskommission an den Völkerbund behauptet. Unter diesen Umständen müsse der Kreistag es ablehnen, Gutachten über Gesetzesvorlagen abzugeben, solange er durch solche Begutachtung der Regierungskommission eine Handhabe dafür biete, der Öffentlichkeit ein irreführendes Bild über das Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung zu geben.

Am Ende des Jahres 1921 stand die Saarbevölkerung in schärferer Ablehnung gegenüber der Völkerbundregierung als je zuvor. („Saar-Freund“, 1921, Nr. 23.)

Das Jahr 1921 war für das Saargebiet ein Jahr der Unfreiheit, des wirtschaftlichen Niedergangs und der steigenden Not gewesen. Die Hoffnung, daß es im Jahre 1922 besser werden würde, daß wenigstens Ansätze der Besserung und des Aufstiegs sich zeigten, fand zunächst keine Erfüllung. Schwere Druck und große Not lasteten nach wie vor auf dem schwergeprüften Lande.

Die politischen Parteien des Saargebiets, mit Ausnahme der bedeutungslosen Kommunisten und „Unab-

hängigen", nahmen die Anwesenheit von drei Mitgliedern des Völkerrats im Gebiet zum Anlaß, um eine seit längerer Zeit bereits in Vorbereitung befindliche Denkschrift zu übergeben, die gleichzeitig durch die Regierungskommission dem Völkerrunde zugeleitet wurde.

In dieser Denkschrift brachten die Parteien des Saargebietes in gesammelter Form noch einmal alle Klagen und Beschwerden zum Ausdruck, die seit der Besetzung auf dem Saarlande lasteten.

Zum Schluß wurde an den Völkerrund die Bitte gerichtet, er

„möge eine Revision aller Gesetze und Gesetzesänderungen veranlassen, die gegen und ohne das Gutachten der gewählten Vertreter der Bevölkerung erlassen worden sind, möge eine baldige Entfernung des französischen Militärs und der französischen Gendarmerie veranlassen, möge einem dringend gehegten Wunsche der Bevölkerung entsprechen und das saarländische Mitglied der Regierungskommission auf Vorschlag der Bevölkerung ernennen, möge als Präsidenten der Regierungskommission nur ein solches Mitglied ernennen, das die Landessprache in Wort und Schrift beherrscht, möge bei der demnächstigen Neuernennung der Regierungsmitglieder eine solche Auswahl treffen, daß eine neutrale, ausschließlich auf die Wohlfahrt des Saargebietes eingestellte Verwaltung gesichert ist.

Verdrängung der deutschen Beamten aus dem Saargebiet

Auch im Jahre 1922 setzte die Regierungskommission des Saargebietes ihr Bestreben fort, die verbliebenen deutschen Verwaltungsbeamten aus dem Saargebiet zu verdrängen. Zunächst wurden 25 Beamte des Versorgungsamtes plötzlich entlassen. Weiterhin wurden 25 Beamte der saarländischen Postverwaltung der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt. Die Beamten der Regierungskommission erklärten ganz offen, die deutschen Beamten hätten im Saargebiet ohnehin keine Aussicht auf Beförderung. Auch bei der Eisenbahnverwaltung deuteten gewisse Maßnahmen darauf hin, daß man beabsichtige, ältere Beamte dem Deutschen Reiche zur Verfügung zu stellen. Der Zweck aller dieser Maßnahmen lag offen zutage: Man wollte die deutschgesinnten Beamten durch Andersgesinnte ersetzen.

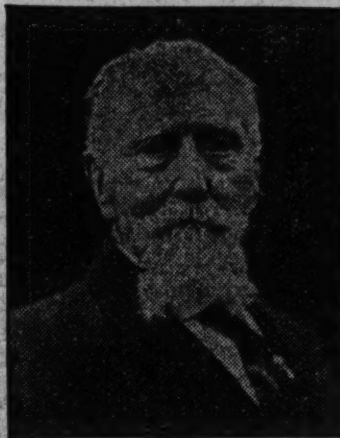
Saarländische Gemeindeförster beschlagnahmt.

Neuerdings wurden auch saarländische Gemeindeförster durch die Saarregierung beschlagnahmt. Sie ließ nämlich den Gemeinden Ihn und Leidingen im Kreise Saarlouis mitteilen, daß der französische Staat den Waldbesitz der beiden Gemeinden, der (infolge der Grenzführung, wie sie 1815 vorgenommen wurde), auf französischem Boden lag, in Besitz genommen habe. Dieser Wald war aber seit Jahrhunderten Eigentum der betreffenden Gemeinden, und die Eigentumsrechte waren ihnen durch einen Grenzregulierungsvertrag zwischen Frankreich und Preußen vom Jahre 1829 gewährleistet. Der Vertrag sicherte den betreffenden Gemeinden die zollfreie Entnahme aller Walderzeugnisse. Der § 56 des Versailler Friedensvertrages rechtfertigte in keiner Weise diese Fortnahme des Eigentums, denn er gibt Frankreich lediglich das Recht, das Eigentum deutscher „Kooperationen“ in Besitz zu nehmen. Eine Gemeinde kann aber niemals unter den Begriff der „Kooperation“ fallen.

(Fortsetzung folgt.)

Personalnachrichten

• Adam Curette - Saarbrücken, ein Feuerwehrveteran.



Ein angesehener, in weiten Kreisen bekannter und beliebter Bürger, welcher im 88. Lebensjahre steht, zählt zu denjenigen alldahiesigen Saarbrücker, welche sich in hohem Alter einer beneidenswerten geistigen und körperlichen Frische erfreuen können. Herr Adam Curette ist am 5. Dezember 1846 in Saarbrücken geboren; bei Kriegsausbruch 1870 standen zwei seiner Brüder im Felde, infolgedessen er reklamiert werden mußte, obwohl er gern mit der Waffe in der Hand den Feldzug mitgemacht hätte. Er meldete sich aber in der Feldschlächtereier und hat sich bei der Labung und Bergung der Verwundeten in der Feuerzone in der Schlacht von Spichern große und unvergängliche Verdienste erworben. Ueber 50 Jahre war er als aktiver Feuerwehrmann bei der Freiwilligen Saarbrücker Feuerwehr tätig, bei der auch fünf seiner Brüder standen, die, wie er, bei der Rettungsabteilung waren. Bei dem Großbrand des Hauses Dahlstein in der Deutschherrnstraße hat er mit zweien seiner Söhne eine Familie im Dachgeschoß vom Tode des Verbrennens unter Einsetzen des eigenen Lebens gerettet, wofür ihm besondere Auszeichnungen zuteil geworden sind. Aber auch in jeder anderen Beziehung zählt er zu denjenigen freiwilligen Feuerwehrleuten, die ihrer Vaterstadt außerordentlich gute Dienste erwiesen haben, wofür ihnen der Dank der ganzen Bürgerschaft gebührt. Leider ist unser hochverdienter Feuerwehrveteran seit einiger Zeit schwer erkrankt, so daß in der letzten Zeit sein tägliches Gebet gewesen ist, doch unter allen Umständen noch den Tag der Volksabstimmung miterleben zu dürfen, damit auch er seine Stimme für sein heißgeliebtes deutsches Vaterland abgeben konnte. Der liebe Gott hat ihm diese Bitte gewährt. In der Cecilienkirche in Saarbrücken hat er mit großer Begeisterung seine Stimme für die Rückgliederung seiner kerndeutschen Saarheimat zum Vaterlande abgegeben. Wir gedenken dieses hochverdienten Feuerwehrveterans heute ganz besonders, verbindet doch den Schreiber dieses langjährige Freundschaft mit ihm und seiner Familie. Und wer es noch wissen will, der soll es hierdurch erfahren, daß die meisten alldahiesigen eingetragenen Saarbrücker Herrn Curette besonders deshalb lieben und schätzen, weil er die beste, einzigartige „Hausmacher-Wurst“ heute noch herzustellen versteht, denn bis nach Berlin bekannt geworden sind seine Hausmacher Blut- und Leberwürste und vor allen Dingen seine echten schmackhaften „Andubbele“, mit denen er dem Schreiber dieses sehr oft große Freude bereitet hat.

Th. V.

Briefkasten

Mit herzlichem Dank bestätigen wir den Eingang folgender Beträge: L. M. in B. 3,— RM. B. G. in S. 7,50 RM. P. F. in S. 7,50 RM. L. in S. 1,50 RM. D. B. in S. 5,— RM. P. A. in D. 3,28 RM. J. B. in P. 3,— RM.

Ihren Umzug

nach Auswärts oder innerhalb der Stadt besorgt fachmännisch und bestens das

Spezialhaus für Möbeltransporte

Ludwig Rux

Berlin W 30, Goltstraße 24

B 7, Pallas 0448

Großer Wagenpark

Erste Referenzen

Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin.

Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbitten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Saarlandstraße 42. Fernsprech-Anschluß: Sammel-Nr. Bergmann 4208. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66 536, oder auf Deutsche Bank, Depostitenkasse O, Berlin SW 47, Belle-Alliance-Straße 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbitten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Richard Posselt, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Saarlandstraße 42. Druck: Deutsche Zentraldruckerei A.-G., Berlin SW 11. — Auflage 9000.



**Betreuung der Saar-
abstimmungsberechtigten
durch die Geschäftsstelle
„Saar-Verein“-Berlin**

Die Angestellten und Mitarbeiter
beim Abschied in der Saarland-
Straße 44



**Ankunft des Sonder-
zuges 1 aus Saarbrücken**

Empfang des Leiters der Ge-
schäftsstelle „Saar-Verein“, Ver-
waltungsdirektor Th. Vogel,
durch seine Familienangehörigen
und das gesamte Personal der
Geschäftsstelle „Saar-Verein“
am Potsdamer Bahnhof



**Am Abstimmungstage in
Ottweiler**

Der Leiter des Bundes der Saar-
Vereine, Mittelschulrektor Ernst
Debusmann, Wuppertal-Elberfeld
bei der Abgabe seiner Stimme

Saargededenkblatt 1935

(Wirkungsvoller siebenfarbiger Buntdruck, Größe 42 cm breit, 58 cm hoch)



Verlag: Grafischer Vertrieb Heublein & Co., Frankfurt a. M., Deutschherrn-Ufer 34.
Für Berlin und Mark Brandenburg: Willi Kupsch, Berlin W 50, Kurfürstendamm 14—15.
Preis RM 2.00 das Stück — Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine erhalten bei Sammelbestellungen einen zu vereinbarenden Nachlaß.
Bestellungen unmittelbar, also nicht durch die Geschäftsstelle „Saarvereine“, erbeten.